

BULLETIN

NUMMER 2 | JUNI 2006



-
- * 4 Interview mit Anni Länz - Neue Asylbewegung *
 - * 10 Glencore - Internationale Solidarität wirkt *
 - * 12 EINWURF von LINKS - Fussballspieler ab Fließband *
 - * 14 Verkehrspolitik - Megateuer - wenig Nutzen *
 - * 18 Stadtratswahlen 2006 - «Da lasse ich nicht locker!»
 - * Sonderbeilage «20 Jahre BULLETIN» *
-

mit SONDERBEILAGE
«20 JAHRE BULLETIN»

- 2
- 3 **Editorial**
Weichen stellen im Herbst
 - 4 **Interview mit Anni Lanz**
Neue Asylbewegung
 - 7 **Nomination Regierungsrat**
«Ihr gehört nachher allen»
 - 8 **Nationalrat**
Auslandeinsätze und CVP-Spektrum
 - 10 **Glencore**
Internationale Solidarität wirkt
 - 12 **EINWURF von LINKS – Alternativer Fussball**
Fussballspieler ab Fließband
 - 14 **Verkehrspolitik**
Megateuer – wenig Nutzen
 - 17 **Verkehrspolitik**
VCS – nötiger denn je
 - 18 **Wahlen 2006**
«Da lasse ich nicht locker!»
 - 20 **Regierungsrat**
Wider das Verursacherprinzip
 - 22 **Einzelkämpferschicksal**
Nur seinem Gewissen verpflichtet
 - 23 **Stelleninserat**
Willst du mit uns Geschichte schreiben?
 - 24 **Nationale Politik**
Beobachterstatus bei den Schweizer Grünen
 - 25 **Serviceteil**
Buch
Kino
Frontal
Veranstaltungen
Adressen
Impressum

«Mission statement»

Das Bulletin des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri, SGA Zug/Baar.**

Das Bulletin setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von ...

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das Bulletin»

Weichen stellen im Herbst

Martin Stuber, Vizepräsident Alternative Kanton Zug

24. September, 8. Oktober, 29. Oktober, 26. November: Die ZugerInnen werden in diesem Herbst fleissig Stimm- und Wahlzettel ausfüllen können. Und Weichen stellen!

Die Abstimmung über das «Dumping»-Steuergesetz im November 2000 war eine fatale Weichenstellung, nicht nur für unseren Kanton. Die Folgen werden langsam sichtbar. Der mörderische Steuerwettbewerb unter den Kantonen, für den Zug mit seiner bewussten Dumpingpolitik eine massgebliche Mitverantwortung trägt, sorgt aber langsam für ein Umdenken bei einem Teil des Stimmvolkes.

Nicht so bei der Zuger Regierung und bei der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat. Firmen, Reiche und vor allem die Kapitalgesellschaften sollen nochmals massiv weniger Steuern zahlen, bis zu 25 Millionen Franken Steuerausfall werden prognostiziert. Dem Volk wollte der Kantonsrat dieses Gesetz aber wohlweislich nicht vorlegen.

Nach einem organisatorisch bedingten Durchhänger zu Beginn wurden die Unterschriften für das Referendum von Alternativen und SP praktisch in nur drei Wochen zusammengebracht.

Beim Sammeln zeigte sich, dass Frau und Herr Zuger mit «normalem» Einkommen gemerkt haben, dass die Abwärtsspirale der Steuern für Reiche und Firmen die Aufwärtsspirale bei den Mieten und Lebenskosten weiter antreibt. Und sie merken auch, dass die damit verbundenen Sparmassnahmen bei der öffentlichen Hand von ihnen getragen werden müssen. Am 26. November können sie Nein dazu sagen.

Von Sparen keine Rede war im Kantonsrat bei der «Umfahrung Cham-Hünenberg». Der grösste je bewilligte Kredit von 230 Millionen Franken wurde von einer ziemlich geschlossenen bürgerlichen Mehrheit abgenickt. Die Frage des «Return on

Investment» interessierte sie nicht. Für einen Viertel des Betrages würde zusammen mit konsequenten flankierenden Massnahmen die gleiche Entlastung im Chamer Stadtzentrum erzielt. Wie die Prioritäten im Verkehr verteilt sind, zeigt exemplarisch die Gegenüberstellung mit der Vorlage für eine Doppelspur zwischen Cham und Rotkreuz. Sie kostet den Kanton 20 Millionen – weniger als einen Zehntel. Auch beim Strassenbau scheut der Kantonsrat das Volk – ein breit abgestütztes Referendum ist die logische Folge. Und auch hier steht das Zuger Volk vor einer Weichenstellung für die Lebensqualität und die längerfristige wirtschaftliche Attraktivität. Wird es den Durchmarsch der neoliberalen Betonfraktion stoppen?

Und vielleicht steht ein weiteres Referendum an, denn der Kantonsrat wird zweifellos ein Pensionskassengesetz beschliessen, welches einen Blueprint für den massiven Abbau der Altersvorsorge liefert und die kantonalen Angestellten – und in der Folge auch die gemeindlichen – erheblich schlechter stellen wird. Und auch wenn es der Kantonsrat in erster Lesung relativ knapp abgelehnt hat, so bleibt doch das Endziel der bürgerlichen Sparapostel die Privatisierung der kantonalen Pensionskasse, nachdem diese auf Kosten der Angestellten «saniert» worden ist. Damit dann eine private Versicherung fette Profite mit der Kasse einfahren kann. Es ist wirklich «einzigartig», dass der reichste Kanton der Schweiz mit seinen eigenen Angestellten so schäbig umgeht.

Noch schäbiger behandelt werden sollen AsylbewerberInnen und AusländerInnen. Nach der x-ten Verschärfung im Asylrecht ist die



Martin Stuber, Vizepräsident Alternative Kanton Zug.

SVP mit Hilfe von FDP und CVP hier am Ziel. Und nach der Ablehnung der erleichterten Einbürgerung – wir erinnern uns an die Nein-Parole der Zuger FDP! – soll mit dem neuen Ausländerrecht wieder in den Rückwärtsgang geschaltet werden. Am 24. September steht viel auf dem Spiel!

Ausgrenzung statt Integration, Investition in Strassenbeton statt in Menschen, Privatisierung und Sparen am falschen Ort statt zukunftsweisende Projekte unterstützen – das ist die beschämende, reale Politik von FDP, CVP und SVP. Seit Jahren stimmt das Schweizer Volk – und auch die ZugerInnen – tendenziell «linker», als sie wählen. Vielleicht ist das diesen Herbst anders. Es hängt auch an uns. Das Zauberwort heisst «Mobilisierung». Wir hatten 90 Leute an der Nomination für den Regierungsrat. Das Echo auf die Ständeratskandidatur von «Chnuschpi» ist enorm. Die Zusammenarbeit zwischen Alternativen und SP läuft erfreulich gut. Es wird ein heisser Herbst. Nutzen wir ihn, damit die Weichen in der Schweiz und im Kanton Zug besser gestellt werden! ■

Neue Asylbewegung

Interview Rupan Sivaganesan, Kopräsident der Asylbrücke Zug | Bilder Asylbrücke Zug, Paula Gisler

4 **Im letzten Herbst erfuhr die Asylbrücke Zug einen «Reload»: Mit neuen Kräften im Vorstand will sie sich in Zukunft vermehrt auch (asyl)politisch äussern. Den Auftakt dazu bildeten eine Veranstaltung mit der Menschenrechtsaktivistin und Nominierten für den Friedensnobelpreis Anni Lanz sowie das Referendum gegen das Asyl- und das Ausländergesetz.**

Rupan Sivaganesan: Die Asylbrücke Zug feiert im September 2006 ihr zwanzigjähriges Bestehen. Was ist dir aus der Asylbrücke-Geschichte in Erinnerung geblieben?

Anni Lanz: Zuerst möchte ich der Asylbrücke Zug herzlich gratulieren, vor allem zu ihrer Ausdauer und Hartnäckigkeit. Denn vor zwanzig Jahren sind in etlichen Kantonen Asylgruppen entstanden, aber nicht alle haben bis heute überlebt. 1985/86 fanden es viele Menschen notwendig, sich gegen die zunehmend restriktivere Flüchtlingspolitik zu wehren. Bei der zweiten Revision des Asylgesetzes wurde das Referendum ergriffen. Doch bei der Abstimmung erlitten wir eine grauenhafte Niederlage. Daraufhin entschieden wir uns, von nun hauptsächlich die Flüchtlinge zu begleiten. Zu dieser Zeit – im Jahr 1986 – begannen viele ehrenamtliche Rechtsvertreter mit ihrer Arbeit. In verschiedenen Kantonen war dies der Anfang von Beratungsstellen für Asylsuchende. Für jene Organisationen, die Beratungen anboten, hatte dies zur Folge, dass oft kaum mehr Energie für die politische Arbeit übrig blieb. Ich staune, dass sich in der Asylbewegung trotz widriger Umstände viele Leute über lange Zeit engagieren, statt frustriert auszutreten. Bei der Asylbrücke finde ich beeindruckend, dass sich jetzt so viele junge Leute zum Mitmachen motivieren konnten.

Stimmungswandel

Rupan Sivaganesan: Was war asylpolitisch und in der Asylbewegung vor 20 Jahren anders als heute?

Anni Lanz: Die Stimmung war we-

niger resigniert. Vor zwanzig Jahren befand sich die Bewegung in einer Aufbruchstimmung. Bis in die 1970er-Jahre hatten die Flüchtlinge ein gutes Image, da sie vor allem aus kommunistischen Ländern stammten, beispielsweise aus Ungarn, aus Tibet, aus Indochina. Solche Flüchtlinge wurden mit grossem Herzen aufgenommen. Als in den Achtziger Jahren Flüchtlinge aus nicht-kommunistischen Ländern in die Schweiz anreisten, schlug die Stimmung um. Bald war von Missbrauch die Rede, die Flüchtlingsdefinition wurde restriktiver ausgelegt, und der Bundesrat und die Behörden haben angefangen, Flüchtlinge abzuwehren. Das war für viele Asylbewegte ein Schock. Mittlerweile versucht die Schweiz, Leute aus dem Nicht-EU-Raum abzuwehren und viele Menschen haben den negativ geprägten Diskurs verinnerlicht. Das merkt man auch beim Sammeln von Unterschriften. Sogar in linken Kreisen heisst es jetzt plötzlich: Wir können ja nicht so viele Leute aufnehmen...

Rupan Sivaganesan: Was hat sich deiner Meinung nach in der Zwischenzeit verbessert – was verschlechtert?

Anni Lanz: Heute steht die 8. Revision des Asylgesetzes an und jedes Mal wurde es verschärft. Neu ist, dass Asylsuchende mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) als illegal gelten. Aber grundsätzlich ging es bei jeder Revision darum, die Zulassungs- und Lebensbedingungen von Asylsuchenden zu verschlechtern mit dem Ziel, die Anzahl der Flüchtlinge zu reduzieren. Zudem wurde die Verfahrenszeit immer



1000 Frauen für den Friedensnobelpreis: Eine davon ist Anni Lanz (links).

kürzer, was die Qualität der Verfahren aber keineswegs förderte. Verbessert? Mhh, ich weiss nicht... Ich bin froh, dass es nach wie vor einen Widerstand gegen diese Politik gibt. Verbessert hat sich auch die Wahrnehmung der Sans-papiers, die an die Öffentlichkeit getreten sind.

Asylbewegung heute

Rupan Sivaganesan: Was hat die Asylbewegung in den letzten 20 Jahren lernen können? Und was gilt immer noch?

Anni Lanz: Wir haben gelernt Misserfolge einzustecken und sollten uns auch nicht zu schnell frustrieren lassen. Ich denke nicht, dass wir auf Referendumsebene viel Terrain gewinnen können, vielmehr sollten wir den Migrantinnen und den Flüchtlingen eine Stimme geben. Gerade wenn diese selber öffentlich auftreten und in ihrem eigenen Namen sprechen, wird die Bewegung viel glaubwürdiger. Dies wäre eigentlich ein grosses Potenzial.



Rupan Sivaganesan: Wie sollte die Asylbewegung deiner Meinung nach im aktuellen Kontext (NEE, verschärfte Gesetze, gleichzeitig mehr soziale Netze unter Asylsuchenden) ihre Schwerpunkte in der politischen Arbeit und in der Betreuung verteilen?

Anni Lanz: Beides ist wichtig. Einerseits ist der Kontakt zu den Betroffenen fundamental, um auch abschätzen zu können, wie sich eine Änderung des Asylgesetzes auf die Situation des Einzelnen auswirkt. Andererseits ist natürlich die politische Arbeit eminent wichtig. Dieses Kunststück hat die Asylbewegung schaffen können: Sie muss auf zwei Beinen laufen, also Begleitarbeit und politische Arbeit gleichzeitig leisten.

Rupan Sivaganesan: Braucht es zivilen Ungehorsam in der Asylpolitik und -praxis? Warum und wie?

Anni Lanz: Der zivile Gehorsam ist immer wieder nötig. Gerade das

Kirchenasyl ist eine alte Tradition, mit deren Hilfe man oft einen Durchbruch erzielen konnte. So hat das Kirchenasyl in der Vergangenheit schon in Situationen ein Umdenken bewirkt, die zunächst aussichtslos schienen. Gerade zugunsten der vielen illegalisierten Asylsuchenden braucht es den zivilen Ungehorsam, um die Missstände auch sichtbar zu machen.

Reizwort «Missbrauch»

Rupan Sivaganesan: Die Asylpolitik ist längst zu einem Instrument der parteipolitischen Mobilisierung geworden. Andererseits kursieren auch Meldungen über Kriminelle, die mittels Asylverfahren in die Schweiz einreisen. Wie kann man den realen Missbrauch ernst nehmen und gleichzeitig eine demagogische Meinungsbildung unterbinden?

Anni Lanz: Asylmissbrauch ist zu einem Schlagwort in der Politik geworden. Das hat vor zwanzig Jahren angefangen. Und mittlerweile wurde es so oft wiederholt, dass es sich als eine selbstverständliche Wahrnehmung in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat. Was man unter Missbrauch versteht, ist oft nichts anderes, als dass jemand vom Recht Gebrauch macht, ein Asylgesuch zu stellen. Unterdessen ist auch im Kontext der Invalidität oder der Arbeitslosigkeit von Missbräuchen die Rede. Der Vorwurf wurde nebst den Asylsuchenden auf weitere Randgruppen ausgeweitet. Wir müssen sehr vorsichtig mit dem Wort «Missbrauch» umgehen. Woher soll ein Flüchtling, der nicht vom Staat verfolgt ist, wissen, dass er praktisch keine Chance auf eine Anerkennung seines Gesuchs hat? Ist das schon Missbrauch? Zudem müssen wir uns bewusst sein, dass wir mit unserer restriktiven Asylpolitik viele Asylsuchende in die Kleinkriminalität abdrängen.

Perspektiven

Rupan Sivaganesan: Welches sind denn die Alliierten der jetzigen Asylbewegung? Die Kirchen?

Anni Lanz: Die Asylbewegung hat sich eigentlich immer um möglichst viele Verbündete bemüht, sei das in den Reihen der Friedensbewegung, der Frauenbewegung oder aus anderen Kreisen. Die Kirche spielte und spielt dabei eine ambivalente Rolle: Manchmal macht sie mit, manchmal nicht. Zum Beispiel unterstützen die Kirchen zwar das Referendum gegen das revidierte Asylgesetz, aber nicht jenes gegen das Ausländergesetz. Am besten funktioniert die Zusammenarbeit mit der Kirchenbasis: Es gibt Kirchengemeinden, die in asylpolitischen Belangen sehr engagiert sind. Sie spielen in der Asylbewegung sogar eine zentrale Rolle. Dagegen hat die Kirchenleitung oft Angst vor einem weiteren Verlust von Mitgliedern und agiert deshalb eher taktisch. Unterdessen sind vor allem auch die Gewerkschaften zu zuverlässigen Partnern geworden, was ich ihnen hoch anrechne. Denn lange Zeit verweigerten sie sich der asylpolitischen Sache.

Rupan Sivaganesan: Welche Wünsche und Empfehlungen gibst du der Asylbrücke Zug für die nächsten 20 Jahre mit auf den Weg?

Anni Lanz: Ich wünsche euch, dass ihr viel Zulauf habt und auf ein öffentliches Echo stösst. Ich hoffe, dass der Vorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung mit MigrantInnen und SchweizerInnen bestehen bleibt. Wünschenswert wäre, dass ihr auf der politischen Ebene das Gewicht bekommt, das euch eigentlich zusteht. Und ich hoffe, dass viele junge Leute eure Sache unterstützen werden!

Abstimmung vom 24. September 2006

Der Jurist Thomas Asemota zählt die Gründe für ein zweifaches Nein



Rupan Sivaganesan zum Asylgesetz an der 1. Mai-Feier 2006 in Zug.

gegen das AsylG und das AuG auf. Anschliessend folgt eine Passage aus der 1. Mai-Rede von Rupan Sivaganesan.

Nein zum Asylgesetz, denn es...

- ...verschärft den Nichteintretensgrund der Papierlosigkeit.
- ...erlaubt die frühe Kontaktaufnahme mit den Heimat-/Herkunftsbehörden.
- ...dehnt den Sozialhilfestopp aus.
- ...erlaubt die Durchsuchung der Privatunterkünfte der Asylsuchenden.
- ...erklärt, dass Härtefall-Prüfungen künftig im Ermessen der Kantone liegen.
- ...erlaubt es der Asylrekurskommission in der Zweierbesetzung zu entscheiden.
- ...verschärft das Flughafenverfahren.
- ...führt eine Drittstaatenregel ein.
- ...verpflichtet die Asylsuchenden zur Mitwirkung bei der Erfassung ihrer biometrischen Daten.
- ...führt in den Empfangsstellen die Erstellung von Altersgutachten ein.

Nein zum Ausländergesetz, denn es...

...führt neue Haftgründe ein: die Vorbereitungshaft bei missbräuchlich nachgereichtem Asylgesuch, die Ausschaffungshaft bei Nichteintretensentscheid und nach der Reisepapierbeschaffung durch Behörden so-

Referendum Asyl- und Ausländergesetz

Der neu konstituierte Vorstand der Asylbrücke Zug ist fulminant gestartet und hat im Kanton Zug das Referendumskomitee «Nein zur Menschenverachtung» gegen das revidierte AsylG und das neue AuG gegründet und die Unterschriften-sammlung für die beiden Referenden koordiniert. Im Komitee machen nebst der Katholischen Kirche und dem Dekanat auch die Alternative des Kt. Zug und das Integrationsnetz Zug mit. Für die vollständige Liste und für weitere Aktivitäten siehe: www.asylbruecke.ch.

Erstmals in ihrer 45-jährigen Geschichte beteiligte sich auch die schweizerische Kinderhilfsorgani-

wie bei passivem Verhalten während der Identitätsfeststellung.

...erweitert den Anwendungsbereich der Zwangsmassnahmen.

...führt die formlose Wegweisung wegen illegalen Aufenthalts sowie von so genannten «inadmissible persons» am Flughafen ein.

«Kirchen, zivilgesellschaftliche Organisationen und die Linke können die öffentliche Meinung über Asylsuchende ändern. Das zeigt das Solidaritätsnetz Ostschweiz: Die Menschen dort wehren sich gegen die Verhetzung der Asylsuchenden und sie kümmern sich um sie. Ein weiteres Beispiel ist der Ex-Swisscom-Verwaltungsratspräsident Markus Rauh. Der hält am 1. August die Rede auf dem Rütli! Gleichzeitig führt Ruth Dreifuss die Kampagne gegen das Asyl- und Ausländergesetz an. Etwas Besseres kann uns gar nicht passieren! Zivilgesellschaftliches Engagement für Menschenrechte ist also wieder in. Wenn wir diesen positiven Trend packen, können wir es schaffen: Wir wollen gemeinsam Unrecht verhindern und Solidarität fördern.» ■

sation Terre des hommes an einem politischen Referendum: Auch sie sammelte Unterschriften gegen das revidierte Asylgesetz. Unbegleitete minderjährige AsylbewerberInnen ohne Identitätspapiere sollen neu von der Sozialhilfe und angemessener Betreuung ausgeschlossen werden. Sie landen in einem Ausschaffungsgefängnis oder tauchen unter, wo sie leicht zu Opfern von Ausbeutung und Missbrauch werden. Oberste Maxime des Kinderrechts ist das Kindeswohl. Auf nationaler Ebene ist dies in der Bundesverfassung und im Zivilgesetzbuch verankert, auf internationaler Ebene in der Europäischen Menschenrechtskonvention und in der UNO-Konvention für Kinderrechte, beide von der Schweiz ratifiziert.

«Ihr gehört nachher allen»

Natalie Chiodi, Redaktorin BULLETIN | Bilder Adelina Odermatt

Am 19. Mai gab es zum ersten Mal in der Geschichte der Alternativen eine Wahlausscheidung für eine Regierungsratskandidatur. Für das Zweiticket standen drei Personen zur Verfügung. In einer spannenden Veranstaltung wurden Manuela Weichelt-Picard und Patrick Cotti gewählt.



«Einigkeit bei allen dreien, Ratlosigkeit im Publikum?» (Koller).



Diskussion.



«Wenn eine Frau gewählt wird, dann ist es eine alternative Frau» (Lang).



«Frech auf der Zunge – frisch im Kopf» (Weichelt).



«Steuererleichterung auf der einen, heisst Sparen auf der anderen Seite» (Cotti).



«Die Wahlwerbung duzt mich, also duze ich euch auch» (Koller).



«Stimmts?!» (Philippe Koch, Sekretär der Alternativen).

Auslandeinsätze und CVP-Spektrum

Josef Lang, Nationalrat Alternative Zug | Bilder Adelina Odermatt, Paula Gisler

8 In der Sommersession war die Sinnkrise der Schweizer Armee immer noch ein Thema. Aufschlussreich ist auch die rechte Randposition des Zuger CVP-Vertreters innerhalb seiner Fraktion.

Eine parlamentarische Initiative der Grünen verlangt ein Moratorium für all jene militärischen Auslandeinsätze, die nicht im strikten Rahmen von UNO- oder OSZE-Missionen stattfinden. Damit ist beispielsweise der jahrzehntealte Einsatz in Korea nicht in Frage gestellt. Vom Moratorium ausgenommen ist auch die humanitäre Minenräumung. Hier könnte und müsste die Schweiz viel mehr tun.

Kein Obligatorium für Auslandeinsätze

Seit der ganz knapp ausgegangenen Volksabstimmung über das Militärgesetz vor fünf Jahren hat sich Entscheidendes geändert. Deshalb stellt auch das VBS zentrale Bestandteile der damaligen Vorlage in Frage. Zum Beispiel die Freiwilligkeit von Auslandeinsätzen, ohne die diese an der Urne keine Chance

Antimilitaristische Initiativen

Die drei von Josef Lang ausgearbeiteten parlamentarischen Initiativen «Entmilitarisierung der Inneren Sicherheit» (60:115), Moratorium für Rüstungsausgaben (66:110) sowie für Auslandeinsätze (40:111) wurden alle abgelehnt. Bemerkenswert war, dass die Linke bei den ersten beiden Themen praktisch geschlossen zustimmte und dass bei den Auslandeinsätzen etliche SP-Mitglieder dafür, und nur wenige dagegen waren. Ohne einen Teil der Linken wird die Armee nicht aus ihrer tiefen Krise finden. Und ohne die Mehrheit der SP kann sie zusätzliche Auslandeinsätze, beispielsweise in Afghanistan, vergessen.

gehabt hätten. Im Abstimmungskampf hatte der damalige Ständerat Hans-Rudolf Merz, einer der Wortführer im Ja-Lager, betont: «Es muss also niemand Angst haben, einen Marschbefehl für einen Einsatz in Richtung Südosten zu erhalten.» Damals bedeutete «Südosten» Balkan, heute bedeutet «Südosten» Hindukusch.

Hinter der Absicht, Auslandeinsätze obligatorisch zu machen, stecken massive Rekrutierungsprobleme. Diese wiederum sind Ausdruck einer massiv veränderten Stimmungslage infolge des Irak-Kriegs und des «War on terror». Die kriegerischen Entwicklungen der letzten drei Jahre haben fünf Dinge klar gemacht:

Terror wird gefördert

1. Der Vater aller militärischen Auslandeinsätze, der Irak-Krieg, entpuppt sich als gigantisches Terrorförderungsprogramm;
2. Beim «War on terror» geht es nicht um die Bekämpfung des Terrorismus, sondern um die Sicherung der Rohstoffquellen und Rohstoffwege;
3. Nicht zuletzt unter dem Druck der USA versucht der Bundesrat, die Schweiz und die Armee irgendwie – sei es über Panzerlieferungen nach Pakistan oder in den Irak, sei es mit einem Truppen-Einsatz in Afghanistan –, an diesen «war on terror» anzudocken;
4. Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Panzerdeals oder auf die Afghanistan-Absichten zeigen, dass sie gegen eine solche Ausweitung der Auslandeinsätze ist.
5. Neben der Freiwilligkeit war der versprochene UNO-Protagonismus entscheidend dafür, dass die Auslandeinsätze an der Urne durchgekommen sind. In der Zwischenzeit ist die UNO militärisch völlig mar-



Gerhard Pfister nach seiner Wahl in den Nationalrat.

ginalisiert worden. Angesichts des verhängnisvollen «War on terror», in dessen Schatten, wenn nicht Zeichen die zusätzlichen Auslandeinsätze nun mal stehen, angesichts des Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung, angesichts der Marginalisierung der UNO und nicht zuletzt angesichts der Schwierigkeit, Soldaten für Auslandeinsätze zu gewinnen, drängt sich ein Moratorium auf.

Ich schliesse mit meinem ceterum censeo:

Stellt ein Land, das seit 158 Jahren keinen Krieg mehr führen musste und das über grosse Erfahrungen in der zivilen Lösung von Konflikten verfügt, einer Welt, in der es ohnehin zu viele Soldaten und Waffen hat, nicht gescheiter das Friedenshandwerk anstelle des Kriegshandwerks zur Verfügung?

Zug: Die rechteste CVP im Schweizerland

Im Nationalrat werde ich nicht zuletzt von CVP-Kolleginnen und Kollegen häufig gefragt, warum mein Zuger Kollege Gerhard Pfister nicht in der SVP sei. Ich gebe jeweils zwei Antworten darauf. Die politische lautet: Als Präsident der CVP des Kantons Zug ist Pfister alles andere

als ein Aussenseiter. Er verkörpert die rechtste CVP-Kantonalpartei der Schweiz ganz gut. Im Kanton Zug steht das C eindeutiger als andernorts für Capital statt für christlich. Die persönliche lautet: Für einen hoch gebildeten Gesellschaftskonservativen und Wirtschaftsliberalen wie Gerhard Pfister könne eine reaktionär-populistische Partei wie die SVP schwerlich eine Heimat sein. Dieser knappen Antwort pflegen die beiden Fragen zu folgen: Warum steht die Zuger CVP derart rechts? Gibt es in der Zuger CVP keine Mitte-PolitikerInnen? Meine Antworten lauten jeweils ungefähr so: Der Kanton Zug ist zwar ein hochmoderner Kanton, was ihn offener

macht als die anderen katholisch-konservativ geprägten Stammlande, was wiederum der Linken mehr Platz verschafft als beispielsweise in der Urschweiz. Gleichzeitig ist die Macht des Geldes nirgendwo in der Schweiz so gross. Sie findet ihren stärksten Ausdruck im politischen Gewicht der Wirtschaftsanwälte und Treuhänder, welche heute die Rolle einnehmen, die früher der Klerus eingenommen hat. Aus diesem Grund ist die Zuger CVP die wirtschaftsliberalste aller Kantonalparteien. Aus der klerikalen

Sonderbundspolitik wurde eine fiskalische. Gerhard Pfister selber fasste das nach der NFA-Abstimmung in die nicht nur als Witz gemeinte Idee eines «Freistaats Zug». Gleichzeitig hat die CVP unter dem Schock des SVP-Aufstiegs, der sich nicht zuletzt den Restbeständen des katholisch-konservativen Milieus verdankt, ihre politisch-kulturelle Öffnung der 70er und 80er Jahre abgebremst. In der CVP gibt es sehr wohl Personen, vor allem Frauen, die für eine Politik sind, die den Menschen über den Mammon stellt. Aber weil der Finanz- und Handelsplatz sowie die Steuerdumpingpolitik ein tief verankertes Credo ist, lässt sich diese Minderheit leicht disziplinieren. ■

Friedens- statt Kriegshandwerk exportieren!
Ausstellung «1000 Friedensfrauen weltweit» in Zug.



	Resultat		CVP-Fraktion		Pfister
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Privatisierung Swisscom	90	99	1	23	Ja
Abschaffung Preisüberwacher	58	111	3	21	Ja
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	104	58	20	4	Nein
Familienergänzende Kinderbetreuung (I)	79	108	7	21	Ja
Familienergänzende Kinderbetreuung (II)	96	89	20	8	Nein
Familienergänzende Kinderbetreuung (III)	112	72	23	3	Nein
Familienergänzende Kinderbetreuung (IV)	110	75	23	4	Nein
Alimentenbevorschussung	85	78	18	8	Nein
Repressives Betäubungsmittelgesetz	80	90	10	14	Ja
Schutz von Flüssen und Seen	111	42	18	2	Nein

Stimmenkrach

Bei allen erwähnten Namensabstimmungen in der Sondersession (Mai 06) und in der Sommersession (Juni 06) stimmte die Linke jeweils geschlossen für die Option, die sich durchsetzte und damit mit der CVP-Mehrheit. Bei den zehn aufgeführten Abstimmungen handelt es sich um sechs familien-, eine wirtschafts-, eine sozial- und eine umweltpolitische sowie um eine, bei der Liberalität gefragt war. Bei der Kinderbetreuung I ging es um die Eventualfrage 120 oder 60 Mio, bei II um 120 oder 200 Mio, bei III um die Ausgabenbremse und bei IV um die Gesamtabstimmung. Josef Lang stimmte immer mit der CVP-Mehrheit, Scherer immer mit Pfister.

Internationale Solidarität wirkt

Stephan Suhner, Fachstellenleiter Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien | Bilder Stephan Suhner

10

Im BULLETIN 4/05 berichteten wir über den Besuch der indianischen Anwältin Deborra Barros aus Kolumbien. Die Menschenrechtsaktivistin war auf einer Tour durch die Schweiz, um für Solidarität mit der ansässigen Bevölkerung zu werben, die Opfer des Kohlebergbaus auch durch die Zuger Glencore sind. Das BULLETIN berichtet, was seit Barros' Besuch in Kolumbien passiert ist.

Die Gewerkschaft SINTRAMIERGETICA hatte in Vertretung der Arbeiterschaft des Kohlebergwerks La Jagua de Ibérico im Departement Cesar im März 2006 der Unternehmensleitung einen Forderungskatalog unterbreitet, mit dem sie Stabilität für die Arbeiter, Lohnanpassungen und soziale Investitionen für die umliegenden Gemeinschaften forderten. Nachdem während der gesetzlich vorgesehenen Verhandlungsfrist keine Einigung erreicht werden konnte, traten die Arbeiter am 17. Mai 2006 in den Ausstand. Am 19. Mai 2006 wurde das Bergwerk im Besitz des Schweizer Multis Glencore vom kolumbianischen Militär besetzt, was für die Arbeiter ein grosses Risiko bedeutete. Dank internationalem Druck wurden darauf die Verhandlungen wieder aufgenommen und ein neuer Vertrag unterzeichnet.

Viel Kohle

Glencore ist in Kolumbien v.a. im Kohlebergbau tätig. Die Kohlemine La Jagua de Ibérico wurde 2005, die Firma Prodeco (Hafen in Sta. Marta und Mine Calenturitas) 1995 von Glencore übernommen. Zudem war Glencore bis zum Frühjahr dieses Jahres Mitbesitzerin der Kohlemine El Cerrejón auf der Halbinsel Guajira. Diese 33%-Beteiligung hat Glencore nun an Xstrata verkauft. Glencore ist nach der Crédit Suisse First Boston der zweitgrösste Aktionär von Xstrata. Glencore ist aber auch daran interessiert, die zu Drummond gehörende Mine La Loma im Departement Cesar zu übernehmen.

Auf dem Buckel der Einheimischen

Die Gewerkschaft der Bergbauarbeiter denunziert seit längerem den Umstand, dass Glencore in ihren beiden Kohlebergwerken La Jagua und El Cerrejón enormen Gewinn aus dem neuen Bergbaugesetz zieht, das die Steuern von 15 auf 0,4% senkt. Zudem ist der Kohleabbau im Moment sehr rentabel, da die Preise auf den Rohstoffmärkten Rekordhöhen erreichen. Die Arbeiter und v.a. auch die in der Umgebung der Minen lebende Bevölkerung spüren von diesem Boom wenig. Die lokalen Gemeinschaften leiden unter Umweltverschmutzung und sehr schlechten öffentlichen Dienstleistungen. Die Royalties und Steuern, die ja gerade ihnen zu Gute kommen sollten, versickern im Korruptionssumpf, kaum etwas gelangt bis zu ihnen. Zudem werden immer wieder ganze Dörfer geräumt, ohne dass deren Bewohner angemessen entschädigt würden.

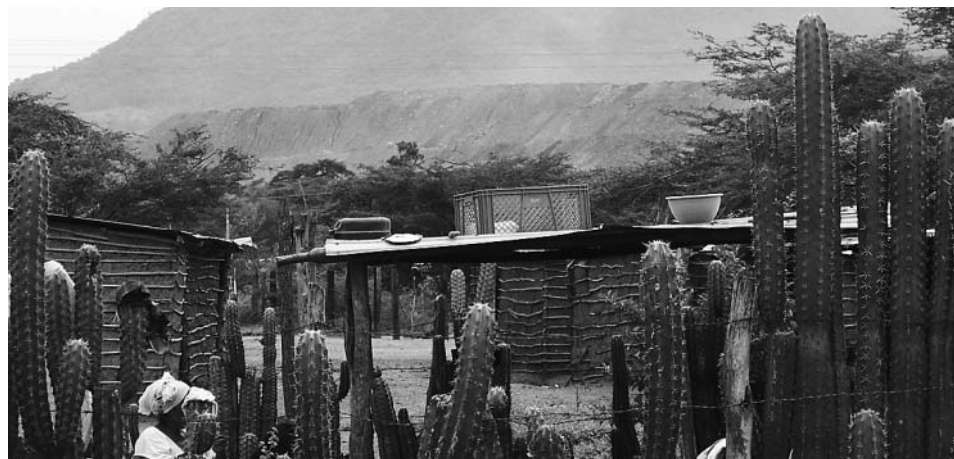


Puerto Bolívar, Hafen in der Guajira, wo die Kohle von El Cerrejón verschifft wird.

Für ein menschenwürdiges Leben

Im Frühling 2006 hat nun die Gewerkschaft SINTRAMIERGETICA dem Unternehmen einen Forderungskatalog präsentiert, mit dem sie die Arbeitsbedingungen in der Mine erträglicher machen und der umliegenden Bevölkerungen die Deckung ihrer dringendsten Bedürfnisse ermöglichen wollen. So fordern die Arbeiter eine deutliche Lohnerhöhung und die Festanstellung der befristeten Arbeiter direkt durch die Bergbaugesellschaft. Ebenso verlangen sie soziale Investitionen in den umliegenden Gemeinden, z.B. die Verbesserung

Blick von Dorf Roche auf die Mine El Cerrejón.





der Gesundheitsposten, damit die durch die Umweltverschmutzung erkrankte Bevölkerung adäquat behandelt werden kann. Ebenso fordern sie die Instandstellung der durch die Kohlelastwagen beschädigten Strassen.

Streik trotz massiven Drohungen

Die Reaktion der Firmenleitung auf diese legitimen Forderungen der Arbeiter und Anwohner war nach Aussagen von SINTRAMIENERGETICA aggressiv und respektlos. Die Arbeiter und die lokalen Gemeinschaften stiessen zuerst auf taube Ohren, dann verzögerte die Firma die Verhandlungen, bis der gesetzlich vorgesehene Zeitrahmen ergebnislos ausgeschöpft worden war. Zudem versuchten sie auf verschiedene Arten, die Verhandlungskommission der Gewerkschaft und die Arbeiter zu provozieren, um sie so zu illegalen Handlungen anzustiften, und bedrohten die Arbeiter massiv. U.a. betrat Anfang Mai der Personalchef des Unternehmens mit bewaffneten Begleitpersonen den Gewerkschaftssitz, um eine Abstimmung der Arbeiter über den Streik zu behindern. Zudem hält die Firma seit fünf Monaten die Gewerkschaftsbeiträge zurück, um so die Gewerkschaft wirtschaftlich ausbluten zu lassen. Nichts desto

trotz entschieden die Arbeiter, in den Streik zu treten. Dieser begann am 17. Mai 2006.

Militäreinsatz für Glencore

Schon kurze Zeit später, am 18. oder 19. Mai 2006, drangen Truppen, die mit Helikoptern transportiert wurden, in das Bergwerk ein. Durch dieses aggressive Verhalten sollten die streikenden Arbeiter eingeschüchtert und ein Arbeitskonflikt und ein soziales Problem so in ein Problem öffentlicher Ordnung umgewandelt werden. Gleichzeitig mit den Armeeangehörigen betreten Zivilpersonen die Mine. Diese Personen gaben sich als Sicherheitspersonal der Firma aus, ohne dass dies verifiziert werden konnte. Die Arbeiter sind sehr besorgt darüber, da das Departement Cesar stark von Paramilitärs kontrolliert wird, die den schmutzigen Krieg gegen die Arbeiterbewegung in der Region anführen und häufig mit der Armee zusammenarbeiten. Die juristischen und wirtschaftlichen Berater der Arbeiter und der Gewerkschaften SINTRAMIENERGETICA und FUNTRAENERGETICA werden zudem an ihrer Arbeit gehindert. Glencore und ihre kolumbianischen Tochterunternehmen bezahlen die kolumbianische Armee für ihre Sicherheit und haben nach Angaben der Gewerkschaft ehemalige Militärs, denen Menschenrechtsverletzungen



Die im Tagebau betriebene Kohlemine El Cerrejón (von Glencore an Xstrata verkauft).

vorgeworfen werden, als Führungspersonen angestellt. Sie stehen zudem im Verdacht, auf ihrem Gelände Trainingscamps für «bewaffnete Zivilpersonen» zu unterhalten. Aus diesen Gründen bestehen schwere Befürchtungen in Bezug auf die Sicherheit der streikenden Arbeiter.

Internationale Solidarität

Die Gewerkschaft der Bergbauarbeiter und die betroffenen Arbeiter forderten deshalb vom kolumbianischen Staat, dass er das Leben und die Unversehrtheit der Arbeiter garantiert, das Streikrecht erlaubt und sofort die Truppen und bewaffneten Zivilisten aus der Mine abzieht. Von den Vertretern des Schweizer Multis Glencore forderten sie, dass er faire Kollektivverhandlungen und die Ausübung des Streikrechts garantiert, keine Militärgewalt einsetzt, um die Differenzen mit der Gewerkschaft zu lösen, und den Arbeitern faire Arbeitsbedingungen gewährt. Die Schweizer Regierung und die Schweizer Botschaft in Bogotá bitten sie darum, gegenüber der kolumbianischen Regierung und der Firma zu intervenieren, damit die Truppen abgezogen und die Rechte der Arbeiter respektiert werden.

Führt zum Erfolg

Die Gewerkschaft gelangte auch mit einem dringenden Appell an die öffentliche Meinung. Viele Personen aus der Schweiz beteiligten sich mit Protestbriefen an dieser Aktion. Mit Erfolg: Glencore kehrte an den Verhandlungstisch zurück, und innerhalb von einigen Tagen konnte eine für die Arbeitnehmenden befriedigende Übereinkunft erzielt werden. U.a. erreichte die Gewerkschaft eine deutliche Lohnerhöhung sowie soziale Investitionen für die umliegenden Dörfer.

Gerade dieses erfolgreiche Beispiel zeigt, wie wichtig die internationale Solidarität ist. ■

Fussballspieler ab Fließband

Philipp Bischof, Redaktor BULLETIN | Bild istockphoto.com

12

Seit der letzten WM 2002 in Südkorea und Japan sind vier Jahre vergangen. Vier Jahre, in denen Brasilien über 3'000 Fussballprofis in die ganze Welt exportiert hat. Einige davon - Ronaldinho, Adriano oder Kaká - dominieren heute mit ihren europäischen Spitzen-Teams die Champions League, andere verdienen ihr Geld bei bescheideneren Klubs in europäischen Ligen. Viele talentierte Jungspieler jedoch schaffen es erst gar nicht durch das harte Ausleseverfahren der brasilianischen Spielerfabrik.

Nicht lang ist es her, da konnten wir in Weggis die brasilianische Nationalmannschaft bei ihrer Vorbereitung zur Weltmeisterschaft in Deutschland hautnah bestaunen. Die Ballartisten aus Südamerika bezauberten während zwei Wochen mit ihren Künsten am runden Leder und ihrer Athletik. Brasilien steigt nun als klarer Favorit ins WM-Turnier, was nicht von ungefähr kommt. Seit rund zehn Jahren dominiert das Land die internationale Fussballszene und exportierte Tausende Fussballprofis in alle Welt. Wer jedoch glaubt, die Erklärung seien leichte Dribbelspiele und Strandfussball an der Copacabana, unterliegt einem Irrtum. Die brasilianische Dominanz ist das Resultat harter Jugendarbeit und eiserner Disziplin. Auch die heutigen Fussballstars der brasilianischen Landesauswahl haben ganz unten angefangen, in Fussballschulen als Achtjährige. Die meisten von ihnen waren bereits Profis, bevor sie überhaupt in die Pubertät kamen.

Das Zauberwort heisst peneira

Will es ein Fussballtalent in die erste Mannschaft eines angesehenen Vereins schaffen, muss er zuerst das brasilianische Ausbildungs-

system durchlaufen, in dem es die Alterskategorien Pré-Mirim (U11), Mirim (U13), Infantil (U15), Juvenil (U17) und Juniores (U20) gibt. Das Hindernis, welches brasilianische Spieler überwinden müssen, um von der einen in die nächste Alters-

kategorie aufzusteigen, heisst peneira. Dies bedeutet auf Portugiesisch soviel wie Sieb. Durch dieses Sieb müssen alle Talente des Landes gehen. Heraus kommt nur das Feinste vom Feinen, dass die erfolgreiche Fussballnation zu bieten hat. Jahr für Jahr fegen Scouts der brasilianischen Grossklubs wie Staubsauger über das ganze Land, immer auf der Jagd nach neuen Talenten. Späher

klappern die Bolzplätze der Favelas in den Vorstädten ab, um ja keinen begabten Jungen zu übersehen. Wer Talent zeigt, wird in eine peneira eingeladen. Bei einer traditionellen peneira nehmen rund 50 bis 60 junge Talente teil, verteilt auf sechs Mannschaften. Jeder spielt gegen jeden, bis sich der Trainer ein Bild über das Spielermaterial gemacht hat. Danach beginnt das Sieben. Am Schluss werden meist nur 2 bis 3 Talente herausgepickt, welche die Chance erhalten, sich in der nächsten Altersklasse zu beweisen,

wo das ganze Ausleseverfahren wieder von vorne beginnt. Für die restlichen Spieler ist der Traum geplatzt - bis zur nächsten Chance, zur nächsten peneira bei einem anderen Verein. Nur äusserst hartnäckige Talente lassen sich nach diversen Absagen nicht entmutigen. Cafú beispielsweise, Kapitän der Weltmeister-Mannschaft 2002, ging durch 14 verschiedene peneiras, bevor er bei einem Klub einen Platz im Team bekam.

Mit Fussball aus der Armut

Brasilien ist der flächen- und bevölkerungsmässig fünftgrösste Staat der Erde, mit der elftgrössten Wirtschaft noch vor dem Industriestaat Kanada. Die Wirtschaft boomt zwar heute, davon profitieren jedoch nur wenige. In der jüngsten UN-Untersuchung zur Einkommensverteilung landete Brasilien auf dem drittletzten Platz. Von den 186 Millionen Einwohnern lebt die Hälfte in Armut und viele von ihnen leben von weniger als einem Dollar am Tag. Die oberen zehn Prozent der Bevölkerung leben hingegen in Saus und Braus und kontrollieren nahezu alles. Das Unvermögen, die Ressourcen in Brasilien gerechter zu verteilen, macht das Land für Kinder und Jugendliche zu einem harten Pflaster, um aufzuwachsen. Wer arm geboren wird, stirbt höchstwahrscheinlich auch arm. Viele Kids träumen deshalb von einer Fussballkarriere, was den schnellsten Weg heraus aus der Armut bedeutet. Schafft es beispielsweise ein junger Spieler in die U17 eines Teams, muss der Verein diesen per Gesetz anstellen. Der Klub ist dann verpflichtet, für den Spieler Gehalt, Sozialangaben und Arbeitgeberbeiträge, Urlaubsgeld sowie Krankenversicherung zu zahlen. Das macht der Verein aber nur dann, wenn er glaubt, das Geld auch langfristig wieder einspielen zu können. Viel versprechenden Talenten werden



dann weit mehr als 1'000 Reais pro Monat angeboten, was etwa dem entspricht, was eine Geschichtslehrerin mit Universitätsabschluss in einer Privatschule verdient.

Der Druck auf die Kinder

Bis jetzt tönt alles schön und gut, doch was passiert aber, wenn ein Junge sich nicht so entwickelt, wie erhofft, nicht durch die nächste peneira kommt und aus einem Team fliegt? Die Familien junger Talente kommen zu 80 Prozent aus armen Verhältnissen. Die Eltern setzen deshalb grosse Hoffnungen in die Fussballkarrieren ihrer Söhne, um aus ärmlichen Verhältnissen entfliehen zu können. Die Familienväter wollen meist, dass ihre Söhne noch besser spielen, um mehr Geld nach Hause zu bringen. Die schulische Ausbildung bleibt dabei meist auf der Strecke, weil alles auf die Karte Fussball gesetzt wird. Der Druck auf die Kids ist also darum enorm und die Versagensangst gross. Vor allem dann, wenn die Familien schon früh vom Einkommen der jungen Spieler abhängig sind. Durchhalten bis nach oben tun nur wenige, denn die Auslese ist knallhart und verzeiht keine Schwächen.

Achtjährige bereits unter Vertrag

Eines der wenigen Dinge, die Pelé, Fussballlegende aus Brasilien, in seiner Amtszeit als Sportminister in den 90er-Jahren zu Stande brachte, war das Verbot der sogenannten «Sklaverei» im brasilianischen Fussball. Früher mussten die Klubs ihren minderjährigen Spielern keinen Rappen bezahlen, da sie ihnen «gehörten». Mit der «Lei Pelé» sind die Spieler jetzt frei, bis sie 16 Jahre alt sind. Dann muss der Verein mit ihnen einen Vertrag abschliessen. Das Problem ist nun, dass es kein Klub riskieren will, einen jungen Spieler auszubilden und dann mit 16 an einen anderen Klub zu verlie-



Früh übt sich, wer sich in Brasilien durchsetzen will.

ren, sobald er Junior wird. Die Vereine machen deshalb über Agenten Verträge mit den Eltern der Kinder und binden so die Jungs langfristig an sich. Die Fussballkinder sind dann halt nicht mehr direkt an die Vereine, sondern an ihre Agenten gefesselt. Und dies bereits in jungen Jahren. Rund ein Drittel der jungen Talente beispielsweise wird von den drei grössten Vereinen Rio de Janeiros geschluckt, bevor sie neun sind. Wenn sie die Jungs nicht schon so früh über Agenten an sich binden, macht es ein anderer Verein. Macht jemand Ärger, sagt der Agent einfach, er sei ein Freund der Familie, und dass er das Recht habe, seinen Freunden finanziell zu helfen. Das Gegenteil zu beweisen, ist meist schwer.

WM-Favorit Brasilien

Auch dieses Jahr ist Brasilien Favorit auf den erneuten Weltmeistertitel. Mit dabei ist erneut Superstar

Ronaldo vom spanischen Spitzenverein Real Madrid - das «Phänomen». Als 13-jähriger kämpfte er sich damals erfolglos durch das Ausleseverfahren bei São Christovão. Angesporn von seinem Vater versuchte er es zwei Jahre später beim brasilianischen Vorzeigeklub Flamengo in Rio de Janeiro. Der Nachwuchstrainer erkannte Ronaldos Talent jedoch auch nicht. Zwei weitere Jahre später debütierte der Angreifer bei der U17-Nationalmannschaft und schaffte den Durchbruch. Flamengo hat jedoch aus der fatalen Fehleinschätzung gelernt. Heute übersieht der Verein, der sich zu einer der wichtigsten Spielerfabriken Südamerikas entwickelt hat, kein talentiertes Spielerkind mehr. In Brasilien beginnt der Ernst des Lebens eben früher. ■

In der nächsten BULLETIN-Nummer gehts weiter mit spannenden Themen rund um das runde Leder.

Megateuer - wenig Nutzen

Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative Fraktion, Mitglied der Strassenbaukommission | Illustration KR-Vorlage 1393 | Bild Adeline Odermatt.

14

**«Zu so einem grossen Projekt muss der Souverän das letzte Wort haben.»
Damit hatte ich den Artikel für das Bulletin 4/03 über die Planung des Kammerkonzeptes Ennetsee geschlossen. Wo stehen wir nun dreissig Monate später?**

Im Dezember 2005 legte der Regierungsrat dem Kantonsrat das Generelle Projekt «Kammerkonzept Ennetsee» vor. Zwischen Alpenblick Cham und Holzhäusern wurden vier Raumkammern A-D mit Verbindungselementen zur Autobahn definiert (siehe Grafik). Das Projekt beinhaltet die Linieneinführung der insgesamt 5,35 km langen neuen Kantonsstrasse, fünf neue Verkehrsknoten und den Ausbau des Knotens Alpenblick, zwei Bachdurchlässe, fünf Unter- und zwei Überführungen, flankierende

Massnahmen für die Verkehrslenkung und etliche Massnahmen im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes.

Gleichzeitig beantragte der Regierungsrat einen Rahmenkredit für die Planung und den Bau der Kammern B und C in der Höhe von 62,7 Mio. Franken. Weiter verlangte er für die Projektierung der Kammern A und D zusätzliche 12,1 Mio. Franken.

Regierung für Etappierung

Der Regierungsratsbericht kommt in seiner Vorlage bezüglich Etappie-

rung zu folgendem Schluss: «Eine Etappierung gemäss kantonalem Richtplan ist zweckmässig. Die Realisierung der Abschnitte B und C bringt bereits Vorteile (direkterer Autobahnanschluss für Hünenberg, Ersatz für Viertelanschluss Bibersee, Entlastung verschiedener anderer Strassenabschnitte, Anbindung Cham Nord 01 an Autobahn etc.), welche betreffend Kosten-Nutzen-Überlegungen zu überzeugen vermögen».

Strassenlobby probt Durchmarsch

Gemäss kantonalem Richtplan sind die Kammern B und C der ersten, die Kammern A und D der zweiten Priorität zugewiesen. Das heisst, dass die Kammern B und C in den nächsten Jahren gebaut werden sol-

21'000 Autos pro Tag im Chamer Stadtzentrum.





Generelles Projekt

Übersicht Kammern

26. August 2005



Der Plan des generellen Projektes zeigt die vier Kammern:
 Kammer A: Neubau einer Verbindungsstrasse zwischen Alpenblick und Knonauerstrasse.
 Kammer B: Neubau Verbindung Knonauerstrasse - Lindenham.
 Kammer C: Neubau Verbindung Lindenham - Schlatt.
 Kammer D: Neubau Verbindung Schlatt - Bösch.

len, A und D jedoch erst mittelfristig mit Baubeginn zwischen 2008 und 2014.

Die Strassenbaukommission vertrat grossmehrheitlich die Auffassung, dass nur der Bau des gesamten Kammerkonzepes Ennetsee eine spürbare Verkehrsentslastung bringen werde. Alle Kammern sollen gleichwertig behandelt werden. Einzig mit meiner Gegenstimme und einer Enthaltung beschloss die Kommission, das Kammerkonzep Ennetsee als Ganzes zu planen und zu bauen. Der Rahmenkredit für Planung, Bau und Landerwerb des gesamten Projektes inklusive Reserve wurde auf sage und schreibe 230 Millionen Franken aufgestockt. Nachdem die Regierung, welche das ursprüngliche Projekt in jahrelanger Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden ausgearbeitet hatte, plötzlich umkippte, schloss

sich der Kantonsrat mit 52:16 Stimmen dem Vorgehen der Strassenbaukommission an und änderte auf Antrag von Leo Granziol auch gleich noch die Projektbezeichnung in «Umfahrungsstrasse Cham-Hünenberg».

Alternativen Fraktion kämpfte

Im Namen der Alternativen Fraktion vertrat ich in der Kommission und im Kantonsrat die eindeutige Erkenntnis, dass unsere heutigen Verkehr- und Umweltprobleme nicht mit dem Bau solch überdimensionierter neuer Strassen bewältigt werden können. Die Problematik der permanenten Verkehrsüberlastung im Chamer Zentrum ist unbestritten. Deshalb haben wir uns nach intensiver Diskussion innerhalb der Fraktion für den Bau der Kammern B und C ausgesprochen. In den Beratungen wiesen wir unter

anderem aber auf folgende kritische Punkte hin:

- Der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen. Nach dem Bau aller Kammern zirkulieren immer noch täglich 12'000 Autos im Chamer Zentrum, das ist eine Reduktion von nur gut 40%. Wie bei einem solchen Verkehrsaufkommen eine attraktive Begegnungszone geschaffen werden kann, scheint fraglich.
- Cham verfügt bereits über eine Umfahrungsstrasse, die den Agglomerationsverkehr aufnehmen kann: die Autobahn A4. Zwischen der Auffahrt Zug und Lindenham kann die Autobahn als Ersatz für die Kammer A dienen, insbesondere da sie in diesem Bereich bis 2009 auf sechs Spuren ausgebaut wird. Die Kammer A vom Knoten Duggeli bis zur Knonauerstrasse ist in Cham selbst höchst umstritten,



denn dieser Abschnitt zerschneidet ein wichtiges Naherholungsgebiet, frisst wertvolles Landwirtschaftsland und ist die kostspieligste aller Kammern.

- Die Kammer D benötigt am meisten Landwirtschaftsland und hat die geringste Entlastungswirkung. Sie zerstört das für die Hünenberger wichtige Naherholungsgebiet Langholz. Die gleiche Verkehrswirkung ist mit dem geplanten Ausbau des Autobahnknotens Rotkreuz (ebenfalls bis 2009) und flankierenden Massnahmen in Holzhäusern zu erreichen.

- Die angepeilte Verkehrsentslastung des Chamer Zentrums kann nur erreicht werden, wenn in jedem Fall starke flankierende Massnahmen ergriffen werden. Der Kanton will jedoch nur die verkehrsdosierenden Massnahmen bezahlen, nicht aber die Strassenraum gestaltenden, obwohl diese gemäss der gemachten Studien unabdingbar nötig sind, um den durchschnittlichen Tagesverkehr auf (immer noch!) 12'000 Fahrzeuge zu senken.

- Die Feststellung, dass der Knoten Alpenblick die zu erwartende Verkehrsflut nicht bewältigen kann, wurde durch das generelle Projekt nicht widerlegt.

- Die Finanzierung wird nur für die im kantonalen Richtplan enthaltenen Strassenbauprojekte der ersten Priorität aufgezeigt (mit einer Verschuldung des Strassenbaufonds im dreistelligen Millionenbereich!). Die Regierung verweigert eine Aussage, wie Projekte der zweiten und dritten Priorität finanziert werden sollen. Damit wäre die Finanzierung der Stadtkernentlastung von Zug unmittelbar gefährdet.

- Die Relationen zwischen den Investitionen in den öffentlichen Verkehr und diesem Megaprojekt sind komplett verzerrt. Der Doppelspurausbau zwischen Cham und Rotkreuz kostet rund 20 Millionen, die gesamte Stadtbahn hat mit 58

Millionen weniger gekostet, als die beiden Kammern B und C.

- Ein Rahmenkredit gibt dem Kanton völlig freie Hand, die betroffenen Gemeinden haben nichts mehr zu sagen. Die Erinnerungen an den Knatsch bei der Sanierung der Zugerstrasse, wo der Kanton die Gemeinde Cham «überfahren» hat, sind noch frisch.

- Das Projekt hätte eigentlich zusammen mit dem 6-Spurausbau der A4 beraten werden müssen, denn die beiden Projekte hängen eng miteinander zusammen, das zeigt schon ein kurzer Blick auf den Plan. Der Verdacht drängt sich auf, dass angesichts der Dimensionen der beiden Projekte zusammen lieber auf Salamtaktik gemacht wird.

Strassen, um jeden Preis

In der Debatte im Rat wurde spürbar, dass die in den letzten Jahren von der Strassenbaulobby betriebene Stimmungsmache verfangt: «In den öffentlichen Verkehr ist investiert worden, aber der Strassenbau kommt nicht vom Fleck – jetzt müssen endlich Strassen gebaut werden!»

Da spielten dann plötzlich die Finanzen keine Rolle mehr. Die Stawiko, welche sonst jeden Franken umdreht, winkt die 230 Millionen einfach durch und die gleiche bürgerliche Mehrheit, die sonst stundenlang über fünfstelligen Beträge streiten kann, sieht keine Probleme bei der Finanzierung.

Den Vogel abgeschossen hat dabei CVP-Kantonsrat Peter Rust: «Der Kanton Zug als einer der reichsten Kantone schlägt sich mit einer solchen Frage herum, wo wir doch längstens andere Probleme haben! Wer denn sonst als der Kanton Zug kann sich ja auch verschulden, wenn es nicht gelingt, in dieser Generation dieses 200-Millionen-Projekt aufzugleisen? Wir haben ja den Beweis vom Stawiko-Präsidenten gehört. Es ist

finanzierbar. Aber die Zauderer legen das so aus und hinterfragen und rechnen vor und spalten Rap- pen.»

Konstruktive Alternative

In dieser Stimmung war es nicht erstaunlich, dass unsere konstruktive Haltung nicht gehört wurde. Denn niemand bestreitet, dass in Cham etwas zur Entlastung des Dorfsentrums unternommen werden muss. Bei einem Nein des Stimmvolkes zu den 230 Millionen Franken kann ein neuer Kantonsratsbeschluss mit den unbestrittenen Kammern B und C vorgelegt werden, denn das Generelle Projekt ist vom Kantonsrat schon genehmigt. Diese beiden Kammern liegen mit Kosten von 63 Millionen Franken innerhalb der finanziellen Schmerzgrenze, bringen den erhofften Nutzen und sind im Kanton mehrheitsfähig.

Kein Behördenreferendum

Im Kantonsrat erhielt das von der Alternativen Fraktion beantragte Behördenreferendum nur 23 statt der benötigten 27 Stimmen und wurde somit abgelehnt. Offensichtlich hat der Kantonsrat Angst vor dem Volk! Sonst würde er wohl nicht versuchen, den höchsten je im Kanton Zug beschlossenen Kredit am Volk vorbei zu schmuggeln.

Dafür Volksreferendum

Wenige Tage nach der Kantonsratssitzung formierte sich in Cham ein überparteiliches, breit abgestütztes Referendumskomitee «230 Millionen gehören vor das Volk». Mehr als die Hälfte der Komiteemitglieder kommen aus Cham und Hünenberg. Die Alternative Kanton Zug unterstützt das Referendum tatkräftig. ■

Unterschriftenbogen können heruntergeladen werden von www.alternative-zug.ch

VCS – nötiger denn je

Urs Diethelm, Sekretär VCS Sektion Zug | Bild Adelina Odermatt

Sieben Jahre vor der SGA wurde der Verkehrsclub der Schweiz VCS 1979 als grünes Gegengewicht zu TCS und ACS gegründet. Dass dies richtig war, bezeugen wichtige politische Erfolge, dass es ihn weiter braucht, wird allen klar, die unser heutiges Verhältnis von Mobilität und Umwelt unvoreingenommen betrachten.

Ein paar Zahlen zum Anfang: Mit jährlich 1923 Bahn-Kilometern pro Einwohner und Jahr sind wir zwar Weltmeister, doch eine viermal grössere Distanz entfällt heute auf den motorisierten Individualverkehr. Dabei verlagert sich dessen Anteil zunehmend auf die Freizeit. Nur dort, wo die SBB mit einem leistungsfähigen Angebot aufwarten, wie etwa auf der Strecke Luzern–Zürich, resultierte eine deutliche Verlagerung im Berufsverkehr zu Gunsten der öffentlichen Verkehrsmittel.

Mobil bis zum Geht-nicht-mehr

Nebst dem Telefon hat wohl nichts unser Bewusstsein und damit Leben – oder umgekehrt? – verändert wie das Auto. Gerade im kleinen Kanton Zug (notabene mit dem grössten Autozuwachs) ist davon ein trauriges Lied zu singen: Staus an Werktagen morgens in und abends aus der Stadt. Samstags und sonntags ein gewaltiges Hin und Her. Man zeigt, was man hat (und ist) und sei es auch bloss geleast. Gerade bei Jungen sind schnelle Schlitten wieder in. Und viele Familien sind mehr oder minder auf einen fahrbaren Untersatz angewiesen.

Hülschweiz — Autoschweiz

Unsere Siedlungsentwicklung zwang und zwingt weiterhin manche leider einfach zum Auto (ob es dann gleich zwei sein müssen, ist eine andere Frage). Dies selbst in unserem betreffend ÖV vorbildlichen Kanton mit seinem effizienten Busnetz, ergänzt seit 2004 durch eine attraktive Stadtbahn. Nur verlief eben die Entwicklung an zu vielen Orten falsch und ein Ende ist nicht abzusehen. Man zieht

irgendwann einmal ins (einstmals) Grüne, baut dort, so man hat, sein Häuschen und weil Wohn-, Arbeits- und Freizeitwelt meist nicht am gleichen Ort sind, ja sich sogar zunehmend voneinander entfernen, ist die individuelle Motorisierung die «logische» Folge.

Beschwerderecht muss bleiben

Doch zurück zur Realität: Der VCS konnte die grosse Mobilitätszunahme im letzten Vierteljahrhundert nicht aufhalten, aber er hat doch ein paar wesentliche Erfolge vorzuweisen: Unvergessen bleibt das massive Avanti-Nein am 8. Februar 2004, womit ein zweiter Strassentunnel durch den Gotthard wohl für immer verhindert wurde, seit 1999 ist die Schwerverkehrsabgabe in Kraft, 1994 wurde die Alpen-Initiative angenommen und 1992 das Jahrhundertprojekt NEAT. Dazu kommen zukunftsweisende Ideen, welche einst belächelt und bekämpft, heute beinahe schon Allgemeingut sind, wie separate Busspuren, Tempo-30-Zonen in den Quartieren und vermehrt Begegnungszonen mit einer Maximalgeschwindigkeit von 20 Kilometern.

Der VCS braucht neue Mitglieder 1979 startete der VCS mit 10'000 Gründungsmitgliedern, zehn

Jahre später waren es 100'000 und 2003 gar 140'000. Leider verliessen in letzter Zeit ein paar Tausend Mitglieder unseren Verband. Dies hauptsächlich, weil die SBB ausgerechnet dem VCS bestimmte Geschäfte untersagte (darunter das beliebte Flexi-GA), aber auch, weil eine konzertierte Aktion gewisser Medien es fertig brachte, dem VCS das Etikett «Verhinderungsclub» anzuhängen, was insbesondere im Zusammenhang mit dem Bau des Hardturmstadions für die Fussball-EM 08 seine Wirkung nicht verfehlte. Dabei erhielten die 16 beschwerdeberechtigten Umweltorganisationen, wozu seit 1989 auch der VCS gehört, in nicht weniger als 78% der Verfahren mehr oder minder Recht. Doch ungeachtet dieser Tatsache gehen die Kampagnen weiter und eine Initiative, welche unsere Interventionsmöglichkeiten beschneiden will, ist lanciert. Dies ist einer der wichtigsten Gründe, warum der VCS wieder zur alten Mitgliederstärke zurückkehren muss.■

Der VCS Zug ist im Internet erreichbar unter www.vcs-zg.ch und der nationale Verband unter www.verkehrsclub.ch.

Begegnungszone Bahnhofplatz Baar.



«Da lasse ich nicht locker!»

Interview Martin Stuber | Bilder BULLETIN

18

In einer spannenden Wahl holte 2002 die gemeinsame Liste von Alternativen, SP und CSP den zweiten Stadtratssitz in Zug zurück. Im einzigen gemeindlichen Parlament, dem Grossen Gemeinderat (GGR) wurde die Alternative Fraktion (AF) zur zweitstärksten Fraktion. Zeit für eine Zwischenbilanz. Das BULLETIN diskutierte mit Astrid Estermann, Mitglied der AF im GGR und Stadtratskandidatin sowie Andreas Bossard, Stadtrat, Christlichsoziale Partei (CSP).

BULLETIN: Neben dem Regierungsrat ist der Zuger Stadtrat die einzige Zuger Exekutive im Vollamt. Eine Aufweichung dieses Status lehnte der Souverän vor einigen Monaten deutlich ab. Andreas – zufrieden?

Bossard: Du sprichst das Stadtratsreglement an. Der heutige Status stimmt für mich. Wer die Tätigkeit als Stadtrat ernst nimmt, hat gar keine Zeit für einen anderen Job. Es gibt aber sehr viele Beeinflussungsversuche von aussen. Ich bin Stadtrat, nicht Verwaltungsrat und mein Herz schlägt für diese Stadt und ihre gesamte Bevölkerung.



Estermann: Wir haben im GGR gegen die Versuche der Bürgerlichen gekämpft, den Einsitz in Firmen, Gesellschaften und Verwaltungsräte zu ermöglichen. Angesichts des Finanzplatzes ist das doppelt wichtig. Im übrigen verdienen Stadträte in Zug genug. Das Stimmvolk hat uns Recht gegeben.

«Das Stimmvolk hat uns Recht gegeben.»

BULLETIN: Was wäre anders gewesen mit nur einem linken Stadtrat? Dolfi Müller gegen vier Bürgerliche?

Bossard: Wir sind immer noch eine Minderheit 2 gegen 3. Aber es ist einfacher, einen Bürgerlichen mit guten Argumenten zu gewinnen als zwei. In einem 4:1-Stadtrat wären verschiedene Sachentscheide vermutlich anders gelaufen.

In Personalfragen sind die Fronten oft sehr hart.

Beim Stadttunnel schwenkte die Mehrheit im Stadtrat, als sie merkten, wie der Wind im Volk weht.

Beim Parkhaus Postplatz war ich von Anfang an gegen die unsägliche Einfahrt beim Regierungsgebäude. Es gibt auch Fragen, vor allem im Baubereich, wo ich lange allein auf weiter Flur stand, wenn es um die massiven Ausnützungsboni ging und die Qualität nicht stimmte. Als Beispiel nenne ich die Überbauung am Bernoldweg und die Hochhäuser oberhalb des Friedhofes. Mein Widerstand hat sich aber gelohnt – ich spüre in breiten Bevölkerungsbereichen Unbehagen gegen die überrissenen Bauvolumen

Estermann: Als Mitglied der Bau- und Planungskommission (BPK) habe ich mich für eine Reduktion der Ausnützungsboni eingesetzt und qualitative Anforderungen wie Spielplätze, Minergie-Standard und gedeckte Veloabstellplätze verlangt. Die BPK wirkt als Begleitgruppe der laufenden Ortsplanungsrevision.

Diese Revision wird das Gesicht der Stadt in den kommenden 20 Jahren wesentlich mitprägen.

Was wäre anders? Andreas kommt oft zu uns in die Fraktion. Wir sind froh um seinen Input – und er um den unseren, das heisst wir sind nahe dran am Stadtrat. Mit Dolfi Müller alleine wäre das so nicht der Fall.

BULLETIN: Wirkt sich die Zusammensetzung der Mehrheiten nicht auch auf das Klima des Stadtrates aus?



Bossard: Das Klima ist an sich gut, aber jetzt im Wahljahr geht es manchmal etwas heftiger zu und her. Christoph Luchsinger versteht es gut, die Sitzungen speditiv und lustvoll zu führen. Es gibt keine Sitzungen wo nicht auch gelacht wird.

«Das Klima ist an sich gut.»

BULLETIN: Was sind aus eurer Sicht die grossen Probleme in Zug?

Estermann: Die Folgen der Dumping-Steuerpolitik sind überall spürbar. Der daraus entstehende Sog für Reiche hat die Baulandpreise in Schwindel erregende Höhen getrieben. Es werden kaum mehr Mietwohnungen gebaut, die sich Normalverdienende leisten



können. Mietzinse für 4-Zi-Wohnungen zwischen 4'000 und 5'000 Franken sind keine Seltenheit. Wer kann sich das leisten?

Auch – aber nicht nur – damit verbunden sind die Verkehrsprobleme. Es zirkulieren zu viele Autos in der Stadt.

Bossard: Der durchschnittliche Tagesverkehr über das Jahr in der Neugasse liegt mit 21'000 Autos höher als im Gotthardstrassentunnel. Die Stadtkernentlastung ist dringend notwendig. Die 72% Zustimmung zum Stadttunnel vor zwei Jahren belegen, dass die Bevölkerung auch so denkt. Damit verbunden ist die schlechte Luft, die Alarmwerte am Postplatz werden ständig überschritten.

Estermann: Und es ist wegen des vielen Verkehrs wenig attraktiv, in der Neugasse oder Bahnhofstrasse einzukaufen.

Bossard: Als Sozialvorsteher sehe ich, dass es immer mehr Familien gibt, die an die Armutsgrenze kommen, weil die stark steigenden Lebenskosten die Einkommen abhängen. Das führt zum Wegzug dieser Schichten. Zug exportiert seine sozialen Probleme in andere Gemeinden oder Städte.

«Eine rot-grüne Mehrheit in der Stadt wäre spannend.»

BULLETIN: Die CVP-Schweiz bringt in ihrem neuen Monatsblättli eine reisserische Titelgeschichte «Die Städte versinken in rotgrünen Experimenten». Andreas, wie wäre das, eine rot-grüne Mehrheit in der Stadt Zug?

Bossard: Eine rot-grüne Mehrheit in der Stadt wäre spannend. Wir würden beweisen, dass mit den vorhandenen Ressourcen viel erreicht werden könnte, zum Wohle der breiten Bevölkerung. Ich nehme eine Analogie: Vor 500 Jahren war

Zug eine mausarme Stadt. Mit der «Burgunderbeute» wurde die Stadt grosszügig ausgebaut, es wurde investiert in nützliche und schöne Bauten, die sogar heute noch stehen (Bauten rund um den Kolinplatz). Oder das alte Spital – das heutige Burgbachschulhaus.

Was ich damit sagen will: Die massiven Überschüsse sollten investiert werden in nützliche Dinge: Vorinvestieren in den Stadttunnel, das Stadtzentrum vom Bahnhof bis ins Casino aufwerten, möglichst verkehrsfarm. Das Neugassfest und das Postplatzfest haben gezeigt, wie schön die Stadt ist, wenn Menschen statt Autos dominieren.

Estermann: Ich würde massiv in den öffentlichen Verkehr investieren. Land kaufen, günstigen und qualitativ hochwertigen Wohnungsbau realisieren. Ich würde allen, die ihre Autos verkaufen, ein GA für 2 Jahre schenken. Den Schon-GA-Besitzern würde ich einen Mobility-Gutschein über 2'000 Franken abgeben. Ins Bildungssystem und in die Kinderbetreuung würde ich mehr investieren als heute.

«Ich würde allen, die ihre Autos verkaufen, ein GA für 2 Jahre schenken.»

BULLETIN: Astrid, du hattest als Neuling einen steilen Einstieg mit der Überweisung der Motion für eine Velostation beim Bahnhof. Die Vorlage des Stadtrates wurde dann aber später abgelehnt. Symptomatisch für den GGR?

Estermann: Es war die erste Erfahrung, wie Politik manchmal funktioniert. Der BPK-Präsident – Martin Spillmann von der FDP – betont immer, dass die Kommissionsmitglieder nachher so im Rat abstim-

men sollen wie in der Kommission. Die Bürgerlichen halten sich aber je nach Situation nicht an ihre eigenen Spielregeln. Martina Arnold von der CVP, welche die Velostation mit absurden und falschen Behauptungen abgeschossen hat, verstehe ich bis heute nicht.

Bossard: Mich befremdet noch heute, dass unser neuer schöner Bahnhof ohne Velostation konzipiert wurde. Konsequenz dieses Fehlentscheides ist, dass noch immer massive Sachbeschädigungen an Fahrrädern rund um den Bahnhof vorkommen. In einem von mir initiierten Arbeitsprojekt mit der GGZ wird ab 1. August mit wöchentlichen Kontrollgängen Ordnung geschaffen.

Estermann: Das ist eine Pflasterpolitik. Die Velostation muss früher oder später kommen. Da lasse ich nicht locker!

BULLETIN: Der GGR hat keinen allzu guten Ruf und unter dem Präsidium von Ulrich Straub ist er nicht besser geworden. Straubs selbstherrliche und sprunghafte Art hat sogar eine erfolgreiche Beschwerde beim Regierungsrat provoziert. Wie erlebt ihr das?

Estermann: Für mich ist es ziemlich verwirrend, wie Straub die Sitzungen leitet. Die Abstimmungsvorgänge sind unklar und er wechselt immer noch die Namen der GemeinderätInnen. Die Beschwerde ist kein Zufall. Ich sehe nicht, wie Straub als Stadtrat die Exekutive effizient und mit dem nötigen Fingerspitzengefühl leiten soll.

Bossard: Ulrich Straub als einer der Gyr-Erben müsste bei sehr vielen Geschäften in den Ausstand treten. Die Trennung zwischen seinen mannigfaltigen persönlichen Interessen und denen der Stadt dürfte ihm nicht leicht fallen. ■

Wider das Verursacherprinzip

Hanspeter Uster, Regierungsrat Alternative Baar | Bild istockphoto.com

20

Grosse Diskussion im Kantonsrat über eine neue Strassenverkehrssteuer, die definitive Einführung einer Ombudsstelle im Kanton Zug und die Medienkonferenz zu Hanspeter Usters Ständeratskandidatur.

Der Regierungsrat präsentierte im April 2006 ein Modell für eine neu gestaltete Strassenverkehrssteuer, das weit herum Beachtung findet. Mit diesem Modell will die Regierung die zwingenden Vorschriften des Bundes über den Umweltschutz umsetzen. Und er führt konsequent die Politik seines Massnahmenplans weiter, der die Einführung differenzierter Verkehrssteuern vorsah, deren Höhe vom Emissionsverhalten abhängig gemacht werden soll.

Doch den bürgerlichen Parteien passte das gar nicht; sie kündete an der Kantonsratssitzung vom 4. Mai Widerstand an, und der TCS droht bereits mit dem Referendum. Der VCS hingegen begrüsst das neue Modell ausdrücklich. Im Kantonsrat hielt ich namentlich auch gegenüber der FDP fest, dass mit dem neuen Modell nichts anderes als ein urliberales Prinzip umgesetzt wird – nämlich das Verursacherprinzip. Wer Kosten verursacht, dem sollen sie anteilmässig belastet werden. Gerade die Kostenwahrheit ist im Kantonsrat immer wieder ein Thema. «Soll sie nun dann», fragte ich, «wenn es ums eigene Auto geht, nicht umgesetzt werden?»

Das Modell hat folgende Kernpunkte...

Die Steuer richtet sich nach der Emission eines Fahrzeugs. Bemessungsgrundlage ist der Treibstoffverbrauch, weil er bei allen neueren Autos über eine Datenbank abgerufen werden kann. Zweites Kriterium ist die Motorleistung des Fahrzeugs. Damit werden gerade auch riesige und schwere Fahrzeuge – so genannte SUVs (Sport Utility Vehicle) – besonders erfasst. Wer weniger als 5'000 Kilometer fährt, bekommt einen Rabatt.

In den letzten sechs Jahren sind über 20 Millionen Franken für den Strassenunterhalt nicht aus dem verursachergerechten Strassenbaufonds finanziert worden, sondern über die Staatskasse. Dazu sollen – ebenfalls verursachergerecht – externe Umwelt- und Gesundheitskosten auch dem Strassenbaufonds belastet werden. Dies führt zu einer Entlastung der Staatskasse. Somit gibt es auch – wie vom TCS behauptet – keine Steuererhöhung; denn indem die Strassenverkehrssteuern steigen, wird im gleichen Umfang die Staatsrechnung entlastet.

Dieselfahrzeuge brauchen weniger Treibstoff als benzingetriebene Fahrzeuge. Unser Modell basiert bei der Steuerberechnung massgeblich auf dem Treibstoffverbrauch. Das würde dazu führen,

dass dieselbetriebene Fahrzeuge günstiger fahren, auch wenn sie mangels Russpartikelfiltern viel Feinstaub ausstossen. Deshalb ist ein Steuerzuschlag zu erheben auf Dieselfahrzeuge, welche die Euro4-Norm nicht erfüllen. Da der Treibstoffverbrauch bei Dieselfahrzeugen rund 20 % tiefer ist, muss der Steuerzuschlag mindestens 20 % betragen.

20 Jahre BULLETIN

Als Miterfinder und früheres Redaktionsmitglied des BULLETINS könnte ich ein halbes BULLETIN mit Geschichten füllen – oder mich auf einige Reminiszenzen aus der Gründerzeit beschränken. Unvergesslich sind mir die damaligen Layout-Sitzungen, wo Ingrid Mäder, Martin Durrer (heute Redaktor und Moderator beim Echo der Zeit) und ich mit Schere und Leim die BULLETIN-Druckvorlage zusammenschnipselten und klebten. In solchen Momenten ging all die Arbeit vergessen, um die Artikel bei den Schreibenden zu bestellen, zu mahnen oder selber zu schreiben. Seit es das BULLETIN gibt, habe ich selber praktisch immer einen Bericht drin, von 1986 bis 1990 aus dem Kantonsrat, ab 1991 aus dem Regierungsrat. Doch die Arbeit am

handgemachten (um nicht zu sagen: «handgelismeten») Layout gefiel uns. Als Nick Mijnsen dann pionierhaft auf ein Computer-Layout setzte, war mir das so unheimlich, dass ich vorschlug, er solle das machen, aber wir würden zur Sicherheit die gleiche Nummer weiterhin mit Schere und Kleber aufbereiten! Seit es das BULLETIN gibt, höre ich von allen politischen Parteien immer nur Lob und Bewunderung, dass es den Alternativen (und früher der SGA) gelingt, ein solch qualitativ hochstehendes, vielfältiges Magazin vier Mal im Jahr herauszugeben. Keine andere Partei ist dazu in der Lage. Ich danke allen, die in der Redaktion oder im Hintergrund diese Parforce-Leistung – neben all ihren anderen Engagements – hincbringen, ganz herzlich!





Wer weniger Benzin verbraucht, soll künftig belohnt werden.

Schwieriges Weiterarbeiten

Der Kantonsrat sprach – gegen den Willen der Regierung – am 4. Mai nun aber verschiedene Motionen. Das macht das Weiterarbeiten an der Vorlage etwas komplizierter, da die Stossrichtung der Motionen auf anderen Modellen basieren. Doch Ziel ist es weiterhin, die Strassenverkehrssteuervorlage noch diesen Sommer in die Vernehmlassung zu geben.

Im Kantonsrat verlangten FDP, CVP und SVP eine vernünftige ökologische Ausrichtung der Strassenverkehrssteuern. Gleichzeitig forderten sie, dass es keine Steuererhöhung geben darf. Ich fragte deshalb im Kantonsrat: «Was verstehen Sie unter ‚vernünftig‘? Max Frisch hat in seiner Solothurner Rede ‚Am Ende der Aufklärung steht das Goldene Kalb‘ mit einem kritischen Blick auf die Schweiz gesagt: ‚Vernünftig ist, was rentiert‘. Sie können sich vorstellen, dass ich diesen Vernunftbe-

griff im monetären Sinn nicht teile; aber im übertragenen Sinn rentiert es, in eine intakte Umwelt zu investieren – gerade auf einem rasch wachsenden Wirtschaftsstandort. Dass wir hier im Kanton Zug die Fahrzeuge so besteuern, dass die Steuer steigt, je höher die Umweltbelastung ist, das ist nichts anderes als vernünftig.»

Vermittler in Konfliktsituationen

Gut ein Jahr nach dem Attentat auf den Kantonsratssaal stellte die Regierung einen Vermittler in Konfliktsituationen an. Er vermittelt zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen und der Verwaltung auf der anderen Seite. Die Erfahrungen der letzten drei Jahre sind durchwegs positiv. Denn wenn Vermittler Beat Gsell frühzeitig bei einem sich anbahnenden Konflikt Lösungsvorschläge anbieten oder vermittelnd wirken kann, führt dies dazu, dass die Konfliktsitua-

tion entschärft werden kann. Der Kantonsrat folgte deshalb ohne Gegenstimme unserem Vorschlag, die Stelle des Vermittlers in Konfliktsituationen mit einem höheren Pensum definitiv zu verankern und sie künftig als Ombudsstelle mit Wahlbehörde Kantonsrat (zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit) auszugestalten. ■

21

Ständeratskandidatur von Hanspeter Uster

Ich habe mich entschieden, für den Ständerat zu kandidieren. Die Grünen sind bis heute im Ständerat nicht vertreten; es ist Zeit, dass sich dies ändert und die neben den Bundesratsparteien stärkste Kraft auch im Ständerat ihre Stimme einbringen kann. Durch den Zuger Termin der Ständeratswahlen, die ein Jahr vor den Gesamterneuerungswahlen auf Bundesebene liegen, wollen wir auch gesamtschweizerisch ein Zeichen setzen.

Im Ständerat braucht es mehr Bewusstsein für das Soziale, die Umwelt und die Bürgerrechte. Hierzu einige Stichworte:

- Keine Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts
 - Eine sichere AHV und soziale Familienpolitik
 - Investitionen in Bildung statt in Rüstung
 - Stärkung des Service Public und keine Swiscom-Privatisierung
 - Professionelle und effiziente Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
 - Keine neuen Mittel für den Staatsschutz
 - Eine taugliche Verkehrs- und Klimapolitik
- Sie sehen, es gibt aus grün-alternativer Sicht viel zu tun im Ständerat!

Nur seinem Gewissen verpflichtet

Interview Judith Kellenberger, Redaktorin BULLETIN | Bild Annette Boutellier

22

Paul Ignaz Vogel ist ein mutiger Mann. Er lebt das, wovon wir alle sprechen. Eigenverantwortlich und ohne Eigennutz geht er seinen Weg. Dieser hat ihm viele schwere Stunden beschert. Er wurde fichiert, überwacht und an den sozialen Abgrund gedrängt. Er kämpft unbeirrt weiter. Das Interview mit ihm wurde am 22. Februar 2006 in Bern geführt.

BULLETIN: In der WOZ Nr. 5 vom 02.02.2006 habe ich über dich folgendes Lead gelesen «In den Sechzigern war er einer der Exponenten der nonkonformistischen Publizistik, später Büroangestellter, dann arbeitslos. Jetzt hat er über sein Leben ein Buch geschrieben.» Ich bin begeistert von Menschen, die mutig ihren eigenen Weg gehen. Darum habe ich dir ein Mail geschrieben und darum bin ich hier. Menschen, die sich einsetzen, interessieren mich.

Paul Ignaz Vogel: Ich weiss nicht, ob ich mich wirklich eingesetzt habe. Ich habe manchmal nicht den Eindruck.

Biografisches

BULLETIN: Ich schon! Wie sieht deine Familienkonstellation aus?

Paul Ignaz Vogel: Ich war der Jüngste und der Rebell in der Familie. Meine Mutter sagte immer: «Um den Paul muss man sich nicht kümmern, der kommt immer wieder auf die Beine.» Was manchmal auch geschmerzt hat, weil jeder dachte, ich schaffe alles allein. Was natürlich nicht stimmt. Jeder ist angewiesen auf andere Menschen.

BULLETIN: Bist du ein Querdenker?

Paul Ignaz Vogel: Ja, auf jeden Fall.

BULLETIN: Wie stehst du zur 68er-Bewegung?

Paul Ignaz Vogel: Da wir etwas älter waren, haben wir die eigentliche Pionierarbeit geleistet. Die Bewegung habe ich als Beobachter mit grossem Interesse verfolgt. Gesellschaftliche Umbrüche sind immer wichtig. Nur, Studentenunruhen sind eher Strohfeuer. Wenn

man sieht, was aus den meisten Ehemaligen geworden ist, sind das die anpasserischen Hardliner von heute. Politisch hat sich aus dieser Bewegung nichts verschoben.

Da waren mir die Hippies viel sympathischer. Die waren für WGs, sexuelle Freiheit, Frieden und miteinander leben – kurz: Für Flower-Power, die Kraft und Schönheit des Aufblühens.

Eigene Publikation

BULLETIN: Wann hast du deine erste eigene Zeitung gegründet?

Paul Ignaz Vogel: 1963 die Zeitschrift «neutralität».

BULLETIN: Wie lange gab es die Zeitschrift «neutralität»?

Paul Ignaz Vogel: von 1963 bis 1974, also 11 Jahre.

BULLETIN: Es bestanden Fichen über dich. Hast du gemerkt, dass du beschattet wurdest?

Paul Ignaz Vogel: Ja, ich habe es gespürt, hatte aber keine Handhabe und Beweise. So musste ich aufpassen, dass ich nicht gegen jedermann Misstrauen hegte. Es ist ein schlimmes Gefühl, überall aufpassen zu müssen. In dieser Situation muss man gegen diesen Verfolgungswahn ankämpfen, was oft nicht leicht ist. Auch die psychische Zermürbung ist nicht zu unterschätzen. Ich habe aber mit einer Ausnahme keinen Vertrauensmissbrauch erlebt.

Korrespondent in Bern

BULLETIN: Du warst früher Bundeshaus-Journalist?

Paul Ignaz Vogel: Ja, seit 1982. Habe diese Aufgabe aber dann viel spä-



Paul Ignaz Vogel.

ter von mir aus aufgegeben. Ich habe gemerkt, dass mir diese Arbeit nichts gebracht hat und ich meine Zeit verliere. Die wollte ich besser einsetzen. Mit meinen Quellen, Informationen und meinen Erfahrungen kann ich heute viel interessantere Arbeit leisten.

BULLETIN: Hast du deshalb eine neue Publikation gegründet?

Paul Ignaz Vogel: Ja. Der Mediensdienst «Hälfte» besteht seit 1995. Er ist parteipolitisch unabhängig, erscheint monatlich (eine A4-Seite) und kann über E-Mail haelfte@free-surf.ch bestellt werden.

BULLETIN: Welche Menschen willst du mit «Hälfte» ansprechen?

Paul Ignaz Vogel: Ich schreibe über Arbeit, Erwerbslosigkeit, sozialen Abstieg, working poor, Armut und Ausgrenzung. Ich bin überzeugt, dass eine wirklich positive Veränderung nur von unten stattfinden kann.

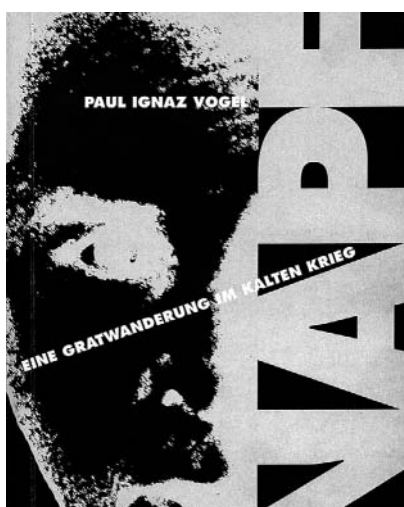
BULLETIN: In deinem Buch «Napf» beschreibst du ‚eine Gratwanderung im Kalten Krieg. Ich habe das Buch in Kürze versch-

lungen. Es ist spannend und vor allem den Teil mit Friedrich Dürrenmatts Preisverleihung habe ich als solidarischen Akt unter echt guten Männern empfunden. Da schreibst du unter «Schutz und Freundschaften», dass Friedrich Dürrenmatt von Bern der grosse Literaturpreis zugesprochen wurde. Dieser sagte, er nehme den Preis dankend an, verleihe in aber gleich weiter an Sergius Golowin, Arthur Villard und an dich. Wie hast du dich da gefühlt?

Paul Ignaz Vogel: Gut, aber nicht besser als die anderen.

BULLETIN: Vielen Dank, lieber Paul Ignaz, dass ich dieses Zeitdokument mit dir als Interview machen durfte. Ich hoffe, wir werden

noch viele Gespräche zusammen führen können. ■



Literaturangaben:

«NAPF - eine Gratwanderung im Kalten Krieg» Das Buch NAPF, eine Gratwanderung im Kalten Krieg (ISBN 3-033-00509-8), kann zum Preis von 34.- Fr. bezogen werden bei: Edition Hälfte, Paul I. Vogel, Wabersackerstrasse 21, 3097 Bern-Liebefeld, E-mail: haelfte@freesurf.ch

«Hälfte», monatlich erscheinender «Unabhängiger Mediendienst zur Arbeit und zur Erwerbslosigkeit», der abonniert werden kann unter [«haelfte@freesurf.ch»](mailto:haelfte@freesurf.ch)

Die heutige Schweiz ist eine Gesellschaft, deren Hälften kein Ganzes mehr ergeben. In der Wochenzeitung WOZ Nr. 5 vom 2. Februar 2006, S. 23 f., erschien ein Porträt von Paul Ignaz Vogel unter dem Titel «Zwei Hälften machen noch kein Ganzes».

Willst du mit uns «Geschichte» schreiben?

Das BULLETIN macht es möglich. Wir suchen ab sofort oder nach Vereinbarung zur Ergänzung unseres Teams ein neues BULLETIN-Redaktionsmitglied. Deine neue Arbeit wird dir auf den Leib geschrieben: organisieren, redigieren, diskutieren, auswählen oder eigene Texte schreiben. Fast alles ist möglich.

Wir sind seit 20 Jahren eine hoch motivierte Redaktionsgruppe und führen das BULLETIN in eine neue Dekade. Mit dir?

Melde dich bei bulletin@ch.inter.net / 041 712 16 49 oder einem Redaktionsmitglied.



v.l.n.r. Nathalie Chiodi, Martina Stuber, Judith Kellenberger, Adelina Odermatt, Philipp Bischof.

Beobachterstatus bei den Schweizer Grünen

Manuela Weichelt-Picard, Präsidentin Alternative Zug und Josef Lang, Nationalrat Alternative Zug
Bild Adelina Odermatt

24

Die Präsidentin und der Nationalrat der Zuger Alternativen schlagen im Namen des Vorstandes den Antrag auf Beobachterstatus bei den Schweizer Grünen vor.

Vor zweieinhalb Jahren haben die Alternativen an einer stark besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, dass ihr Nationalrat der Grünen Fraktion beitreten soll. Dieser Entscheid hat sich als goldrichtig erwiesen – für uns Zuger Alternative, aber auch für die Schweizer Grünen. Ohne die Mitgliedschaft in der Grünen Fraktion wäre die Hebelwirkung des parlamentarischen Engagements viel kleiner. Politische und mediale BeobachterInnen auf nationaler Ebene nehmen die Zuger Alternativen bereits heute oft als Mitglied der GPS wahr. Tatsächlich beteiligt sich der Alternative Nationalrat auch an vielen partei-internen Diskussionen und nimmt für die Grünen auch öffentlich Stellung, wie wenn er voll dazu gehörte.

Inhaltliche Übereinstimmung

Das Hauptmotto der Grünen lautet: «ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch». Diese Dreiheit trifft sich mit unserem laufenden Referendum gegen das monströse Strassenprojekt im Ennetsee, mit dem eingereichten Referendum gegen die Steuersenkungen und mit unserer Solidarität mit der Dritten Welt wie auch mit den Flüchtlingen und ImmigrantInnen in der Schweiz. Wie die Zuger Alternative engagiert sich die GPS selbstverständlich bei der Volksinitiative für ein Kriegsmaterialexportverbot. Frauenförderung stuft sie ebenfalls als Schlüsselanliegen ein.

Mit dem Fraktions-Entscheid vom November 2003 haben wir einen ersten Vorentscheid für das Mitmachen bei den Schweizer Grünen gefällt. Der Vorstand der Alternative Kanton Zug schlägt nun vor, ein Jahr vor den Nationalratswahlen einen zweiten Vorentscheid zu treffen: Antrag auf Beobachterstatus bei der Grünen Partei der Schweiz. Die GPS versteht sich

gemäss Artikel 1 ihrer Statuten als «Föderation von Gruppierungen, Bewegungen und politischen Parteien, die auf kantonaler Ebene tätig sind». Für die Mitgliedschaft bei der GPS ist der Beobachterstatus eine Voraussetzung. Dieser Status macht es beiden Seiten möglich, sich gegenseitig besser kennen zu lernen. Dazu steht in den GPS-Statuten unter «Mitglied-

sind überzeugt, dass ein Mitmachen bei den Grünen unsere Präsenz und Glaubwürdigkeit bei nationalen und internationalen Fragen erhöht.

Die Schweizer Grünen, die übrigens so eng mit der SP sowie den Gewerkschaften und den Umweltorganisationen zusammenarbeiten wie wir, warten ungeduldig auf unseren Antrag für den Beobachterstatus. Das hängt mit unserer Stärke im Kanton Zug und mit unserer überkantonalen Ausstrahlung zusammen. Die Schweizer Grünen wollen auch profitieren von den Erfahrungen der



Drum prüfe, wer sich ewig bindet...

schaft» Folgendes. «Die Aufnahme in die Föderation setzt [...] ein Jahr im Beobachterstatus voraus.» (Art. 4.1.) «Die Delegiertenversammlung kann kantonale Gruppen als Beobachter aufnehmen; diese haben Konsultativstimmrecht.» (4.3.)

Stärkere Präsenz bei nationalen Themen

Mit anderen Worten: Der Beobachterstatus gibt uns ein Konsultativrecht, auferlegt uns aber keine formalen und finanziellen Pflichten. Er dauert in der Regel ein Jahr, kann aber verlängert werden. Die Zeit des Provisoriums erlaubt uns zusätzlich, die Chancen einer nationalen Einbindung, aber auch den Aufwand kennen zu lernen. Wir

Zuger Alternativen, die sowohl im kantonalen, städtischen wie auch dörflichen Umfeld Erfolg haben. Weiter sind sie interessiert an unserer Verbindung von Rohstoffhandelsplatz und Dritter Welt.

Aus all den erwähnten und vielen weiteren Gründen schlägt der Vorstand der Alternative Kanton Zug der Mitgliederversammlung vor, bei der Grünen Partei der Schweiz den Beobachterstatus zu beantragen. ■

Die Alternative Kanton Zug lädt auf Mittwoch, 23. August 2006, 20 Uhr, in den Siehbachsaal Zug ein zur Ständerratsnomination und Beschlussfassung über den Beobachterstatus bei der Grünen Partei Schweiz.



Büchermail

Ulla Schiesser, Zug Lorenz Gerber, Unterägeri

Lieber Lorenz

Ich möchte auch in den Ferien gute Bücher lesen, saftige Geschichten, Klassiker und Modernes, mich amüsieren oder bilden. Einzige Bedingung: Taschenbuch und gerne von dir ausgesucht.

Du hast mir ein Trostbuch geschenkt, während der Regenzeit im Mai, als ich auf Schwimmtzug war und fürchtete, der See würde zu ewigem Eis. **John von Düffel** erzählt in



seinem Buch für Wasser- verliebte vom Schwimmen und davon, was in ihm vorgeht, während er seine ruhigen Bahnen zieht. Ich habe es genossen, bei strömendem Regen und weit geöffnetem Fenster auf dem Bett zu liegen und das **Trockenschwimmen** war wunderbar.

Nicht gut schwimmen kann Quoyle, ein Ausenseiter und vom Leben betrogener Mann, der mit zwei Kindern alleine bleibt, nachdem seine Frau mit einem Liebha-

ber durchgebrannt und ums Leben gekommen ist. In **Schiffsmeldungen** erzählt uns **Annie Proulx** vom Glücklosen, der einen Neubeginn wagt. Mit seiner Tante und den beiden Töchtern zieht er nach Neufundland. Dort schreibt er für eine Lokalzeitung ausgerechnet Schiffsmeldungen, er, der Wasserscheue, der das Meer fürchtet. Die karge Landschaft, die verschrobenen, aber freundlichen Menschen, die Entwicklung des Antihelden Quoyle, der das Leben lernt, und letztendlich auch das Lieben und für sich und seine Töchter Heimat findet - das alles wird langsam erzählt, in einer etwas schroffen, aber sehr schönen Sprache. Skurril und eigenwillig.

Dann musst du unbedingt **Pontiggias Zwei Leben** lesen. Paolo, der Sohn des Erzählers, ist Spastiker und fordert durch sein Anderssein das Herz und den Verstand seines Vaters in hohem Masse. Ein schönes, nachdenkliches Buch, unsentimental, zärtlich und klug. Eben Ferienlektüre. Und was packst du mir ein? Ich schwöre, die Kinder dürfen mich bis zum Hals im Sand eingraben, wenn sie mir dann nur den Sonnenschirm und einen Stapel Bücher bringen.

Liebe Ulla

Die Freiheit, einfach lesen zu können, worauf ich gerade Lust habe, genieße ich in den Ferien sehr, aber Freiheit kann auch anstrengend sein. Echte

Freiheit allerdings könne niemals «länger dauern als ein paar Atemzüge lang, aber für sie leben wir» sagt **Alfred Andersch** in seinem autobiografischen Bericht **Die Kirschen der Freiheit**. Damit meint Andersch die Augenblicke, in denen wir uns gesellschaftlichen Zwängen für einen kurzen Moment entziehen und uns für unsere ganz persönliche Freiheit entscheiden. Anderschs Text beschreibt seine Jugend in der Zwischenkriegszeit, den Aufstieg der Nationalsozialisten, den Kriegsbeginn aus der persönlichen Alltagsperspektive bis zu dem Punkt, wo er als von Zweifeln geplagter Soldat in Italien seine Ausrüstung wegwirft und sich für die Desertion entscheidet. Die neu erlangte Freiheit genießt er mit einer Handvoll wilder Kirschen.

Etwas weniger ernsthaft, aber nicht weniger spannend ist **Die Brautprinzessin** von **William Goldman**. Die Figuren des Märchens sind zu meinen Lieblingsferienbegleitern geworden: der spanische Schwertkünstler Inigo, der seinen Vater zu rächen hat, der türkische Riese Fetzig, der so gerne reimt, der eiskalt berechnende Bösewicht Prinz Humperdinck, der vor lauter Verschwörungen kaum entspannen kann, und natürlich das einzig echte Liebespaar Wesley und Butterblume. Niemals wirst du dich dem Humor und dem Charme dieser Ferienlektüre entziehen können.

Falls es sehr heiss ist,

empfehle ich dir noch **Andrej Kurkows Picknick auf dem Eis**. Die unkonventio-

25



nelle Geschichte spielt im eiskalten Winter der Ukraine. Aus Einsamkeit rettet der Protagonist Viktor den Königspinguin Mischa vor dem Verhungern und hat fortan einen stummen Mitbewohner, der sich am liebsten Trickfilme im Fernsehen ansieht. Von der Zeitung erhält Viktor den Auftrag, Nekrologe über berühmte Leute vorzubereiten, da jederzeit einem VIP etwas passieren könnte. Und tatsächlich, kurze Zeit später erfährt Viktor, dass die Hauptpersonen seiner Texte auf wundersame Weise das Zeitliche gesegnet haben.

Literaturangaben

Düffel, John von: Schwimmen. dtv

Proulx, Annie: Schiffsmeldungen. Fischer

Pontiggia, Giuseppe: Zwei Leben. dtv

Andersch, Alfred: Die Kirschen der Freiheit. Diogenes

Goldman, William: Die Brautprinzessin. dtv

Kurkow, Andrej: Picknick auf dem Eis. Diogenes



26

FLIZ-Programm im
Kino Gotthard

Juli bis September 2006



**Montag, 10. Juli 06, 20.00
Uhr**

U-Carmen eKhayelitsha
– Film von Mark Dorn-
dorf-May, Goldener Bär,
Berlinale 2005

Eine aussergewöhnliche filmische Umsetzung der populären Oper «Carmen». Der Film spielt in der Gegenwart der süd-afrikanischen Township Khayelitsha und vermittelt die eindringliche Brisanz und Aktualität der Bizet-Oper! (ohne Regisseur).

**Montag, 21. August, 20.00
Uhr**

White Terror – Film von
Daniel Schweizer, Zürcher
Filmpreis 2005



Im letzten Teil seiner Tri-
logie über Skinheads und
Rechtsextremismus ent-
hüllt Daniel Schweizer die
internationalen Verbindungen
entlang einer Achse
Stockholm–Moskau–
Dallas. Neue Vordenker
mit neuen Symbolen sind

in der stark veränderten
rechtsextremen Bewegung
in den Vordergrund getre-
ten und organisieren sich
anders als bisher... Daniel
Schweizer und Samir sind
anwesend.

**Montag, 11. September,
20.00 Uhr**
Zum Abschied Mozart
– Film von Christian
Labhart



Sechs Wochen vor Ende
des Schuljahres beginnen
an der Rudolf-Steiner-
Schule Zürcher Oberland
die Proben an Mozarts
«Requiem» unter der Lei-
tung von Thomas Gmelin.
Ein Dokument über eine
Jugend zwischen Spon-
taneität und Spiritualität
am Ende der Schulzeit
am Weg zu einem neuen
Lebensabschnitt. Christian
Labhart ist anwesend.



Titelt die Neue ZZ kürz-
lich: «In der SVP herrscht
dicke Luft» Bei den vie-
len Stumpen ja logisch,
denkt sich die Leserin.
Aber Nein, es bekämpfen
sich mal wieder zwei
SVP-Promis öffentlich.
Glück für die SVP, dass
sie nur einen Nationalrat
haben.

Mindestens dem Label
nach... Siehe Seite 9

Mit den Labels ist das
halt so eine Sache. Stadt-
präsident in spe Ulrich
Straub zum Beispiel la-
belt sich «Unternehmer».
Dass er viel unternimmt,
um es in der Politik zu
etwas zu bringen, ist un-
bestritten. Aber vielleicht
passt zum Landis&Gyr-
Millionenerben Straub
das Label «Investor»
besser. Dann wäre es für
die interessierte Öffent-
lichkeit auch einfacher,
zu verstehen, wieso die
Stadtzuger FDP Straub
zum Spitzenkandidaten
machte.

Interessant auch das
aktuelle Wahl-Label der
Zuger FDP: «Dank der
FDP ist Zug einzigartig.»
Das wissen wir schon
lange. Dass es die relativ
gesehen reichste Stadt der
Schweiz geschafft hat,
immer noch im Verkehr
zu ertrinken, ist einzig-
artig und verdanken wir
der FDP.

Und dass es nichts
unsozialeres als preis-
günstigen Wohnungsbau
durch die Stadt gibt
- diese einzigartige Logik
propagiert die stadtzu-

ger FDP-Fraktionschefin
Barbara Hotz-Loos.

Was kann da die FDP
noch retten? All die rei-
chen Neuzuzüger natür-
lich, die klassenbewusst
wählen werden. Wenn
sie denn einen Schweizer
Pass haben...

Ueli Maurer möchte sie
zwar retten, kann aber
nicht. Der meinte im
grossen Tagi-Interview
nämlich treuherzig: «Der
Absturz der FDP verläuft
unheimlich schnell. Wir
können ihn nicht auffan-
gen.»

In Zug sowieso nicht
– mit wem auch?

Und wer rettet die SVP
vor Moritz Schmid, dem
immer noch einzigen
SVP-Regierungsrats-
kandidaten? Nachdem
Ehrenpräsident Hans
Durrer beim Walchwiler
Gipsermeister «kommun-
istische Ideen» entdeckt
hat, weil dieser etwas
gegen die Wohnungsnot
bei den Jungen unter-
nehmen wollte, und das
erst noch mit staatlicher
Hilfe, herrscht Alarmstu-
fe «Rot». Wo käme die
SVP denn hin, wenn statt
Ideologie plötzlich Sach-
politik angesagt wäre?

*Die ungekürzte Version
des Frontal (mehr als
doppelt so lang) unter
www.bulletin-zug.ch*



DI, 15. August: Familien-Grillplausch am See Gleis 3

ab 19.00, Badi Buonas

MI, 23. August: Nomination Grosser Gemeinderat und Kantonsrat SGA Zug/Baar

18.30 – 19.00, Siehbachsaal, Zug

MI, 23. August: Mitgliederversammlung Alternative Kanton Zug, Nomination Ständerat

20.00, Siehbachsaal, Zug
Die Themen der Mitgliederversammlung sind die Nomination für die Ständeratswahlen im Herbst, sowie die Diskussion und Entscheidung über den Antrag betreffend Beobachterstatus der Alternativen bei der Grünen Partei Schweiz. Wir konnten für diesen Anlass Ruth Genner, die Präsidentin der GPS, gewinnen, die ein kurzes Referat halten wird.

SA, 26. August: Gleiser Märtkafi am Dorfmarkt – 20 Jahre Gleis 3

9.00 – 12.00, Dorfmarktplatz, Rotkreuz

SA, 2. September: Stamm Krifo Alternative Cham

8.00 – 10.00, Café Neudorf, Cham

MI, 6. September: Alternative Monatsbar

18.30, Siehbachsaal, Zug
Mit den Köchen und Köchinnen der Freien Wähler Menzingen

SA, 9. September: Sponsoring-Event Alternative Kanton Zug

16.00 – 24.00, Unterhalb des Regierungsgebäudes am See, Zug

In Bewegung für die Wahlen 2006 – Laufen, Inline-Skaten, Pedalfahren.

Wieder einmal laufen, skaten, pedalen und schwitzen Alternative, um den Wahlkampf zu unterstützen.

DO, 21. September: Sponsorlauf des WWF Zug für Fledermäuse

Sportanlage Herti: 14.30 für Schulklassen, 17.30 für Gross und Klein. Infos unter: www.wwf-zg.ch

SA/SO, 23./24. September: Nationaleabstimmung: Referendum Asyl- und Ausländergesetz

MI, 4. Oktober: Alternative Monatsbar

18.30, Siehbachsaal, Zug
Mit den Köchen und Köchinnen des Krifo Alternative Cham

SO, 8. Oktober: Gemeindliche Wahlen: Gemeinderat, Stadtrat

SO, 29. Oktober Kant. Erneuerungswahlen:

Kantonsrat, Regierungsrat, Ständerat und Richter

SO, 26. November: Kant. Abstimmung: Referendum Steuergesetz



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Forum Oberägeri

Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9,
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
forum-oberaegeri@my-mail.ch

Freie Wähler Menzingen

Postfach 112,
6313 Menzingen
roozeboom@solnet.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen

Postfach 123,
6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
ursfalk@bluewin.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber,
Unterer Haldenweg 5,
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Esther Haas,
Sonneggstrasse 11,
6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

SGA Zug/Baar

Postfach 4805, 6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat

www.alternativefraktion.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 2, Juni 2006, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Verein DAS BULLETIN
Adresse: BULLETIN
Alternative Kanton Zug,
Postfach 4805, 6304 Zug,
E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber,
Produktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan (DMG Zug)
Gestaltungskonzept: S.H.E.D.
Belichtung und Druck: DMG Zug
Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1600 Ex.
WEMF beglaubigte Auflage: 1049 Ex.
Abonnement: Fr. 25.-;
Kleinverdiener Fr. 10.-,
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 3/2006: Freitag 15. September 2006
Erscheinungsdatum:
Donnerstag 28. September 2006

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.bulletin-zug.ch

**NEUE
ZUGER ZEITUNG**

**Regierung:
Alternative
portieren Cotti
und Weichelt**



Was uns direkt angeht.

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug